

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 5 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordensladt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die Kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schälke Bierstadt.

Nr. 43.

Samstag den 10. April 1920.

20. Jahrgang.

Bekanntmachungen.

Obere Leitung der Alliierten Besatzungstruppen im
Rheingebiet.

Generalstab — 2. Bureau.

Hauptquartier, den 6. April 1920.

An die Bevölkerung!

Die Berliner Regierung hat, unter dem Druck der
Militärpartei, eine plötzliche Offensive der Reichs-
wehr gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes an-
geordnet. Dadurch hat sie eine der wesentlichsten
und feierlichsten Bestimmungen des Friedensver-
trages verletzt.

Im Verlaufe der bis heute währenden Verhand-
lungen war die französische Regierung stets bemüht,
die deutsche Regierung von diesem militärischen
Vorgehen, das mit einiger Vorsicht hätte vermieden
werden können, abzuhalten.

Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in
das Ruhrgebiet eingetrückt.

Die Regierung der französischen Republik sieht
sich daher gezwungen, sich ein Pfand zu sichern,
damit die Berliner Regierung ihrer Unterschrift
nachkomme.

Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte
Frankfurt, Homburg, Hanau und Dieburg
sofort zu besetzen.

In diesem Augenblick halte ich für notwendig, zu
erklären, daß diese Besetzung keine feindselige Hand-
lung gegen die arbeitssame Bevölkerung dieses Ge-
bietes bedeutet.

Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des
Vertrages zu sichern und wird aufhören, sobald die
Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig
geräumt haben.

Der Oberkommandierende General
der Alliierten Besatzungstruppen

gez. DEGOUTTE.

Für gleichlautende Abschrift.

Der Generalstabschef: gez.: General MICHEL.

Obere Leitung der Alliierten
Besatzungstruppen im Rheingebiet

Generalstab

2. Bureau — Nr. 1

Befehl!

Hauptquartier, den 6. April 1920.

Die französischen Truppen stellen sich nicht als
Eroberungs- sondern als Besatzungstruppen vor.

Kein Eingriff in jemandes Rechte oder Eigentum
wird ausgeübt, vorausgesetzt, daß in dem neuen be-
setzten Gebiete vollständige Ordnung herrsche.

Um diese Ordnung zu bewahren, hat der Ober-
kommandierende General der Rheinarmee folgende
Bestimmungen beschlossen:

A. In den Kreisen: Frankfurt, Darmstadt Offen-
bach, Höchst, Königstein, Dieburg.

1. Der Belagerungszustand ist proklamiert.

2. Sämtliche deutschen Behörden, sowie sämtliches
Personal der öffentlichen Dienste, werden ihre Be-
schäftigungen unter Kontrolle der französischen Behörde
fortführen. Das Personal bleibt am Platze, das Ma-
terial darf weder zerstört, noch verdorben werden.
Keine Streikbewegung wird geduldet.

3. Vorläufig ist der Verkehr zwischen 9 Uhr
abends und 5 Uhr morgens untersagt. Jede Person,
die nicht der Armee angehört ist und welche in der
verbotenen Zeit getroffen wird, wird verhaftet. Der
Verkehr, zwischen dem neu besetzten Gebiete und
Deutschland ist im Allgemeinen verboten; jedoch
werden Ausweise durch Gemeindebehörden mit mili-
tärischem Visa ausgegeben und zwar: um den Ver-
kehr der Verproviantierung beauftragten Personen
und Lebensmitteln zu Transporte zu ermöglichen.

4. Jede Ansammlung auf der Strasse von mehr
als fünf Personen ist verboten. Ohne vorherige Er-
laubnis darf keine öffentliche oder private Versamm-
lung stattfinden.

5. Das Erscheinen der Zeitungen ist vorläufig
eingestellt. Der Telephon- und Telegraph-Ge-
brauch benötigt das vorherige Visa der Militärbehörde.

Vorläufig ist die Korrespondenz-Zensur hergestellt.
Alle drahtlose Einrichtungen sind sofort der Militär-
behörde zu melden. Der Besitz und die Benutzung
von Brieftauben sind untersagt.

6. Feuerwaffen irgendwelcher Art und Granaten,
die im Besitz von Privatpersonen oder die auf Lager
geblieben sind, müssen spätestens sechs Stunden
nach dieser Verordnung auf dem Stadthaus abgegeben
werden. Es wird nur der gesetzlichen Polizei gestat-
tet (mit Ausnahme der Sicherheitswehr) ihre Waffen
zu bewahren (1 Revolver und 1 Säbel pro Schutzmann).

Nach der obigen Frist, wird jede Person welche
im Besitze einer Schusswaffe ist, verhaftet.

B. In den Kreisen: Groß Geran, Langenschwal-
bach Wiesbaden-Stadt, Wiesbaden-Land (mit Aus-
nahme der Stadt Biebrich).

1. Der Belagerungszustand ist proklamiert.

2. Sämtliche deutschen Behörden, sowie sämt-
liches Personal der öffentlichen Dienste, werden ihre
Beschäftigungen unter Kontrolle der französischen
Behörde fortführen. Das Material darf weder zer-
stört, noch verdorben werden. Keine Streikbewegung
wird erduldet.

3. Kundgebungen aller Art auf der Straße sind
untersagt. Ebenso sind die öffentlichen oder priva-
ten Versammlungen ohne vorherige Erlaubnis verboten.

4. Der Post-Telegraph und Telephon-Ge-
brauch ist der französischen Kontrolle unterworfen.

C. Vorliegende Verordnung tritt sofort nach
ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Vergehen aller Art gegen die Strafgesetze oder
gegen die vorliegende Verordnung werden vom
Kriegsgericht verurteilt.

Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee rechnet
darauf, daß die amtliche Behörde, sowie die Zivil-
bevölkerung, die Notwendigkeit der obigen genannten
Maßnahmen verstehen werden, und daß keine Gewalt-
einschreitungen benötigt werden.

Der Oberkommandierende General
der Alliierten Besatzungstruppen

gez.: DEGOUTTE.

Für gleichlautende Abschrift.

Der Generalstabschef: MICHEL.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Die Reichsregierung hat den Gewerkschaftsvertretern
die Auflösung der Reichsbewegungsbünde und der Ein-
wohnerwehren zugesagt. Eine Reichsbewegungsbünde südlich der
Ruhr kommt nicht in Betracht.

— Infolge der durch die Besetzung von Frankfurt usw.
eingetretenen Verhältnisse ist die Nationalversammlung
auf Montag, den 12. April, zu einer Sitzung zu-
sammengerufen worden.

— In Frankfurt a. M. kam es zu blutigen Zusammen-
stößen zwischen der französischen Besatzungstruppe und der Be-
völkerung. 6 Zivilisten wurden getötet, 75 verwundet. Das
eigenmächtige Vorgehen der Franzosen wird von den Itali-
anern und Engländern scharf mißbilligt. Die französische Re-
gierung versucht in einer neuen Note an Deutschland vergeb-
lich ihre Haltung zu rechtfertigen.

— In Tangermünde und Delitzsch versuchten Kommuni-
stische, die Gewalt an sich zu reißen. Reichs- und Einwohner-
wehr stellten die Ordnung wieder her.

Ein deutscher Patronenführer gefasst.

Nach der Besetzung von Darmstadt durch die Fran-
zosen suchte die dortige Reichswehr, um festzustellen,
wie weit sie ihre Quartiere zurückverlegen möchte, um
mit den in das Land einrückenden Franzosen nicht in
Konflikt zu kommen, auf Anordnung des Kom-
mandos der Reichswehrbrigade 11 durch Entsendung
von drei Kavalleriepatronen über Marschrichtung und
Standorte der Franzosen Aufklärung zu schaffen, was
nach Möglichkeit durch direkte Fühlungnahme mit fran-
zösischen Offizieren geschehen sollte. Dabei wurde
eine dieser Patronen unter Führung des Leutnants
Graf Kallnein bei Niedervollstedt von französischen
Posten beschossen. Graf Kallnein wurde durch zwei
Schüsse in den Unterleib schwer verwundet und ist
bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Ein französischer Brief an den Frankfurter Polizeipräsidenten.

Von welchem Geiste der Führer der französischen
Besatzungstruppen beseelt ist, zeigt auch nachfolgendes
Schreiben, das er an den Polizeipräsidenten von Frank-
furt a. M. gerichtet hat:

„Der kommandierende General beauftragt mich,
Ihnen bekannt zu geben, daß er äußerst unzu-
frieden ist über die Art und Weise in der die deutsche
Polizei von Frankfurt im Laufe des 7. April ihren

Dienst versehen hat. Sie hat in äußerst ungenügender
Weise Menschenansammlungen entgegengewirkt. Ich
bitte Sie, für die Folge so genaue Befehle herauszuge-
ben, daß der Herr kommandierende General davon
nicht genügt findet, selbst jeden Augenblick eingreifen zu
müssen. Ich muß Ihnen ein sehr bedauerndes Er-
gebnis mitteilen, das sich heute vormittag in der Um-
gebung der Hauptpost ereignet hat. Ein fahrender
Jäger ist umgeworfen und verletzt worden. Kara-
biniere und Fahrrad wurden ihm entwendet. Der kom-
mandierende General der Besatzungstruppen ist ent-
schlossen, Feigheiten dieser Art nicht mehr zu dul-
den, und sie als besonders schwere Beleidig-
ung für die Würde der französischen Truppen an-
zusehen. Ich beschle Ihnen, unverzüglich nachzufor-
schen, falls Sie es nicht bereits getan haben, wer die
Urheber dieses Angriffs gewesen sind und Ihre Maß-
nahmen so zu treffen, daß sowohl das Fahrrad als
auch der Karabiniere so schnell wie möglich herbeigeschafft
werden. Sie haben morgen vor 12 Uhr das Resultat
Ihrer Ermittlungen mitzuteilen, sowie die von Ihnen
getroffenen Maßnahmen.“

Es ist leider zu befürchten, daß dieser unverschäm-
liche Selbst, der aus solchen Feilen spricht, die Erregung
und auch die Angst der machtlosen Frankfurter Be-
völkerung noch steigern wird.

Die Besetzung Hanaus und Homburgs.

Hanau ist bis Donnerstag früh nur durch schwache
Kavallerie- und Radfahrereinheiten der französischen
Besatzungstruppen besetzt, jedoch wird vermutet, daß
weitere Truppen einrücken werden. Besondere Zwei-
fellosigkeiten haben sich bisher nicht ereignet. Der west-
liche Teil des Landkreises Hanau, also der zwischen
Frankfurt und Hanau liegende Teil, ist besetzt, der nörd-
liche Teil dagegen frei. — Homburg ist am Mit-
woch ebenfalls besetzt worden. Neue französische
Streitkräfte sind auch am Mittwoch an verschiedenen
Stellen über den Rhein geschickt worden, welche zur
Verstärkung der Besatzungen in dem neu besetzten neu-
tralen Gebiet dienen sollen. Marshall Hoch hat in-
folge der Unruhen in Frankfurt eine erhebliche Er-
höhung der dortigen Streitkräfte verfügt. Von fran-
zösischer Seite ist eine Untersuchung der Zusammenstöße
in Frankfurt eingeleitet worden. Der stellvertretende
Regierungspräsident Kohnmann und der Polizeipräs-
dent wollen aber auch ihrerseits eine Untersuchung
vornehmen. — Donnerstag früh wurde am Haupt-
bahnhof eine Frau durch den Fuß geschossen und etwas
später ein junges Mädchen erschossen. Sie hatten die
Abfertigungslinie überschritten, welche die Franzosen
um die am Hauptbahnhof haltenden Tanks gezogen
haben. Die Bevölkerung ist sehr erregt.

Zusammenstöße in Frankfurt.

Sechs Tote, 35 Verwundete.

Anläßlich des Ausziehens der französischen Wache
kam es am Mittwoch mittag vor der Hauptwache in
Frankfurt zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen
der französischen Truppe und der Zivilbevölkerung.

Der Einwohnergesellschaft Frankfurts hatte sich eine
lebhafte Erregung bemächtigt, als das Gerücht auf-
tauchte, daß die Franzosen gegen Mittag die Stadt
wieder verlassen würden. Als dann um die Mittags-
zeit die Wache der Franzosen aufzog, kam es zu Be-
schimpfungen der französischen Truppen seitens eini-
ger unbesonnenen Elemente. Als Verhaftungen vorge-
nommen werden sollten, ließ die Erregung der Bevöl-
kerung, und es kam zu Tätlichkeiten. Die Franzosen
machten darauf von der Waffe Gebrauch und eröffneten
das Feuer. Nach Mitteilung der Rettungswachen sind
bisher sechs Tote und 35 Verwundete zu ver-
zeichnen. Starke französische Patronen mit Tanks,
Maschinengewehren und aufgeschlängtem Bajonett durch-
stießen die Straßen. Die Bevölkerung ist in dichten
Massen auf der Straße und äußerst erregt. Der Fern-
sprech- und Telegraphenverkehr ist unterbrochen.

Nach der furchtbaren Aufregung, die Frankfurt
am Mittwoch bis zum Abend im Bann hielt, ist am Don-
nerstag morgen völlige Ruhe eingetreten. In allen
Betrieben wird gearbeitet. Die Zeitungen sind noch
nicht erschienen. Die Franzosen haben die großen Ho-
tels für ihre Zwecke in Anspruch genommen. Außer-
dem sind eine große Anzahl von Privathäusern mit
Einquartierung belegt worden. Donnerstag morgen ist
eine neue Division in Frankfurt eingerückt.

Soziale Finanzmonopole?

Der neue Reichsfinanzminister über seine Aufgaben.
Der frühere badische Finanzminister und jetzige
Nachfolger Erzberger im Amte des Reichsfinanz-
ministers Dr. Wirth erblickt, wie er einem Mitarbeiter
der „Germania“ erklärte, seine erste Aufgabe in der
Durchführung der Beamtenbesoldungsreform,
die den in unterm Geldwesen und unterm Wirt-

Wirtschaftsminister erfolgten Umwertungen entsprechend ganz andere Ausmaße annehmen muß, wenn sie den Besamten nicht nur die Möglichkeit des Auskommens geben, sondern auch die Berufsfreudigkeit heben soll.

Als zweite dringliche Aufgabe bezeichnet der Minister die Durchführung der beschlossenen Steuern. Versuche der Steuerabgabe sollen mit allen Mitteln bekämpft werden. Als drittes Ziel hat sich der Minister die Neuordnung des Staats gesetzt. Er ist willens, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, zu einem richtigen Friedenssetz zu kommen, damit das Parlament jederzeit Kontrolle üben kann. Zur Verminderung der schwebenden Schuld ist ein großzügiger Neuaufbau unserer Anleihepolitik geplant.

Die Wechselwirkungen zwischen Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik.

Besonderen Wert legte der Minister auf die Wechselwirkungen zwischen Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik. Nur wenn wir alle volkswirtschaftlich unbedingte Arbeit ausüben, die Parafiten an unserem Wirtschaftsförderungsbefähigen und über Nationalisierung und technischen Fortschritt zur Steigerung des ökonomischen Nutzeffekts gelangen, ist es nach Ansicht des Ministers möglich, eine sichere Unterlage für unsere Finanzpolitik zu schaffen.

Die Verbindung zwischen Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik, die sich in enger Zusammenarbeit zwischen Finanzministerium und Wirtschaftsministerium auswirken muß, kann, wie der Minister schließlich ausführte, noch wichtiger werden in dem Augenblick, wo die direkten Steuerquellen ausgeschöpft sind und etwa die Frage der „Finanzmonopole“ an uns herangetragen sollte. Ob solche kommen werden, steht noch nicht fest; ergibt sich aber nach genauer Prüfung, daß auf einigen Gebieten eine gewisse Monopolform als das geeignetste Mittel erscheint, unsere Finanzen zu stützen, dann wird wohl auch dieser Weg beschritten werden müssen. Allerdings dürfte dies nicht im Sinne der „fiskalischen Monopole“ geschehen. Die neuen Monopole müßten so gestaltet werden, daß sie alle zur Steigerung des ökonomischen Nutzeffekts dienlichen Faktoren einbeziehen und stützen und damit den wirtschaftlichen Fortschritt fördern. Die Sicherstellung der Verbindung von allgemeinen Interessen unserer Volkswirtschaft und dem Interesse der Reichsfinanzen würde diese Monopole zu sozialen Monopolen machen.

Regierungszusagen an die Gewerkschaften.

Kein Eingreifen der Reichswehr südlich der Ruhr. — Auflösung der Zeitsfreiwilligenverbände und Einwohnerwehren.

Vertreter der Gewerkschaften und der beiden sozialistischen Parteien unterbreiteten am Mittwoch der Reichsregierung die bekannten neuen fünf Forderungen. Nach einer Mitteilung des Gewerkschaftsbundes ergab sich bei den Verhandlungen das Folgende:

Die Regierung erklärte, daß die Truppen, wenn irgend möglich, in den nächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrgebiet zurückgezogen werden.

Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß der Vormarsch südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleiche Anordnung hat Seining getroffen. Seitens der Regierung ist bereits angeordnet, daß die Zeitsfreiwilligenformationen in Deutschland sofort aufgelöst werden sollen. Desgleichen die Einwohnerwehren, die Ortswehren sollen nach den von den Arbeiterorganisationen gemachten Vorschlägen eingerichtet werden.

Bezüglich der Vorgänge in Wilhelmshaven und Altona erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichsanwalt, daß gegen die Haftentlassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schutzhaftgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden könne, weil keine Tatsachen beigebracht seien, die einen Haftbefehl rechtfertigen. Munitionslieferung an konterrevolutionäre Truppen finde nicht statt. Falls solche Lieferungen vorkommen, wird die strengste Bestrafung eingeleitet.

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

43] (Nachdruck verboten.)

Da schlug Pferdegetrappel an ihr Ohr. Der Mann drüben richtete sich wie elektrisiert in die Höhe. Wenige Augenblicke darauf erschien jenseits der Dichtung ein Reiter. Langsam schritt das Pferd über den weichen Wiesenboden — sein Herr hatte, in Gedanken verloren, den Zügel fallen lassen. Der Mann mit der Pistole trat rasch zwei Schritte vor, hob den Arm in der Richtung des Reiters und wandte dabei den Kopf etwas seitwärts.

Elisabeth erkannte sofort in den todtblauen, von Haß und Grimm entstellten Zügen den ehemaligen Berwaller Vize, und jener dort, den sein Pferd immer näher vor die Mündung der todbringenden Waffe trug, war Herr von Walde.

In diesem Augenblicke ging eine merkwürdige Verwandlung mit Elisabeth vor, hatte sie noch eben mädchenhaft ängstlich vor der Begegnung mit jenem unheimlichen Menschen gezittert, so überkam sie jetzt ein wunderbarer Mut, eine unbegreifliche Ruhe und Beherrschung ihrer selbst in dem Gedanken, daß sie berufen sei, zu retten.

Lautes Glitzern glitt sie vorwärts und stand plötzlich, wie aus der Erde gewachsen, neben Vize, der, das Auge gespannt auf sein Opfer richtend, ihre Nähe nicht ahnte. Mit aller Kraft, deren sie fähig war, packte sie seinen Arm und riß ihn zurück. Die Pistole entlud sich mit einem lauten Knall und die Kugel schlug zischend seitwärts in einen Baum, während der Glende entsetzt zur Erde taumelte. Zu gleicher Zeit scholl ein lauter weiblicher Hilferuf durch den Wald.

Der Mörder richtete sich auf und floh in das Geäst. Er trabte baumte sich das Pferd im ersten Schrecken, dann aber flog es, von seinem Herrn angetrieben, über die Wiese und stand mit einigen Schritten nahe bei Elisabeth, die sich totentstarrt an der Bucht festhielt, denn nun, nachdem die Gefahr vorüber, machte die weibliche Natur ihr Recht geltend. Das junge Mäd-

Die Auffassung der Arbeitervertreter über die Reorganisation der Sicherheitswehr wird von der Reichsregierung geteilt. Es haben auch in diesem Sinne Verhandlungen mit dem preussischen Ministerpräsidenten stattgefunden.

Anscheinend hat sich der Gewerkschaftsbund mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden gegeben. Wenn auch eine friedliche Erledigung dieser Angelegenheit an sich erfreulich ist, so berührt es doch, wie die demokratische „B. Z. am Mittag“ bemerkt, den Kern der Fragen nicht, die durch die jüngste Aktion der Gewerkschaften aufgeworfen worden ist, und diese Frage lautet: Kann es zugelassen werden, daß sich neben der in der Verfassung vorgesehenen gesetzgebenden Körperschaft, gegenwärtig der Nationalversammlung, und der Exekutivgewalt, der Reichsregierung, eine Nebenregierung der Gewerkschaften etabliert, die außerhalb der Verfassung steht?

Auch die demokratische „Vossische Zeitung“ erklärt es für ganz unbillig, daß die Gruppen, die bei der Führung und Beendigung des Generalstreikes beteiligt waren, nunmehr eine Art von Suspendio-Veto ausüben können. Der physiologische Hintergrund der Gewerkschaftsforderungen sei verständlich. Und trotzdem müsse gesagt werden: So geht es nicht. Es dürfte keine Nebenregierung geben, keine unverantwortlichen Ratgeber. Wer regiere und mitregiere, müsse Verantwortung tragen.

Abbruch der Ruhraktion!

Kein Eingreifen der Reichswehr südlich der Ruhr.

Die Polizeikraft im Ruhrgebiet steht vor ihrem Ende. Der größte Teil des Aufstandgebietes ist bereits von der Schreckensherrschaft der Banden befreit, und südlich der Ruhr kommt nach der Regierungszusage gegenüber den Gewerkschaften ein Eingreifen der Reichswehr nicht mehr in Betracht. Hier soll die Aufrechterhaltung der Ordnung den Ortswehren überlassen bleiben. Mit dem 10. April dürfte die Säuberungsaktion durchgeführt sein, die von der Regierung in Aussicht genommene siebenstägige Dauer der Aktion wird also nicht überschritten.

Mit dem 10. April läuft übrigens auch die Geltungsdauer des Abkommens vom August 1919 ab, wonach die deutsche Regierung bis zum 10. April 1920 das Recht hatte, in der neutralen Zone 14 000 Mann zu unterhalten. Diese Zahl ist nach der Behauptung der Franzosen während der Ruhraktion wesentlich überschritten worden und von der französischen Regierung als Verletzung des Friedensvertrages und Bedrohung der Sicherheit der französischen Republik ausgelegt worden. Als Gegenmaßnahme erfolgte die Besetzung des Maingaus durch französische Truppen.

Nach dem 10. April darf Deutschland nun überhaupt keine Truppen mehr in der neutralen Zone unterhalten. Eine Aufrechterhaltung der Ordnung ist aber dann nach Ansicht der Regierung völlig ausgeschlossen. Es sind daher bereits vor dem Einmarsch der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet Verhandlungen mit der Entente eingeleitet worden über eine Verlängerung der Räumungsfrist bis zum 10. Juli 1920. Bis jetzt ist eine Einigung noch nicht erzielt worden.

Die Waffenabgabe immer noch mangelhaft.

Die Regierung benötigt jedoch unbedingt das Material, da eine genaue Kontrolle über die Waffenabgabe nur mit Hilfe der Truppen durchgeführt werden kann. Zehntausende von Gewehren, auch Maschinengewehren, und selbst Geschütze und Minenwerfer sind von den roten Truppen versteckt worden und können von ihnen jederzeit bei dem Ausbruch neuer Unruhen aus dem Versteck hervorgeholt werden. Solange nicht eine hinreichend starke Polizeitruppe vorhanden ist, deren Aufstellung von der Regierung geplant ist, wäre ein Rückzug der Reichswehrtruppen gleichbedeutend mit einem Ausbruch neuer Unruhen.

Arbeitsaufnahme im Ruhrbezirk.

Auf den Zügen des Ruhrkohlenbezirks wird wieder überall voll gearbeitet. Der Eisenbahnverkehr ist gleichfalls wieder aufgenommen worden. Die Anstalten

über neue Kämpfe in der Gegend von Weidert sind unzutreffend. Die Reichswehrtruppen sind in Weidert und haben die Ruhr noch nicht überschritten, um gegen Weidert vorzugehen.

Der Einmarsch in das Ruhrgebiet war unbedingt geboten.

Die rheinisch-westfälischen Handelskammern sowie die übrigen wirtschaftlichen Verbände des Industriebezirks, wie Kohlenindustrie usw., haben an die Reichs- und Staatsregierung, wie auch an die National- und die preussische Landesversammlung ein Protesttelegramm gegen das Eindringen der Franzosen in Frankfurt u. a. gerichtet, in dem die wirtschaftliche Absperrung Westdeutschlands von Süddeutschland durch die Besetzung des Maingaus als völlerrechtswidriger Eingriff in die deutsche Wirtschaft und Bruch des uns abgeprehten Friedensvertrages bezeichnet wird. Der Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet zur Abwehr des roten Terrors sei unbedingt geboten gewesen, um weitere Plünderungen, Erpressungen und Verletzungen zu verhindern. Die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Ruhrbezirk sei Voraussetzung für die Kohlenlieferung an Frankreich und die Mitarbeit am Wiederaufbau Norddeutschlands. Die Regierung wird aufgefordert, jede Leistung aus dem Friedensvertrage so lange einzufrieren, bis Frankreich die widerrechtlich besetzten Gebiete räumt.

Politische Rundschau.

— Berlin, 8. April 1920.

Die Lage im Bogtland hat sich weiter verschärft. Der Einmarsch der Reichswehrtruppen steht unmittelbar bevor.

Freiherr v. Wangenheim-M.-Spiegel, der bekanntlich unter der Kapp-Regierung zur Übernahme des Amtes als preussischer Landwirtschaftsminister bereit war, hat nunmehr sein Amt als Vorsitzender der pommerischen Landwirtschaftskammer niedergelegt.

Generalmajor v. Groddeck, der sich als oberster militärischer Führer in Magdeburg während der Kapp-Ära offen auf die Seite der Kapp-Regierung gestellt hatte und verhaftet worden war, ist nunmehr aus Gesundheitsrücksichten aus der Sicherheitshaft entlassen worden.

Der französische Vormarsch und die Lage im Ruhrgebiet. Präsident Fehrenbach hat die Mitglieder der Nationalversammlung auf Montag, den 12. April zu einer Sitzung zusammengerufen. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Aktion im Ruhrgebiet und den französischen Einmarsch in den Maingau. Die Parteien werden eine gemeinsame Entschließung annehmen, die den französischen Vormarsch als Friedensbruch kennzeichnet und an den Völkerverbund einen Appell richtet. Die Aussprache dürfte sehr lebhaft werden, da die Parteiführer auf dem Standpunkt stehen, daß die französische Politik es Deutschland unmöglich mache, seinen Wiederaufbau zu vollziehen und seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu erfüllen. Die Regierung wird der Entente sofortige Abänderungen des Friedensvertrages über die Behandlung der neutralen Zone vorschlagen.

Sozialdemokratische „Wahlsteuer“. Eine neueartige Maßnahme hat der Kreisvorstand des sozialdemokratischen Kreisverbandes Potsdam-Brandenburg und Mitten im April getroffen. Er hat einstimmig die Erhebung einer „Wahlsteuer“ beschlossen. Der einmalige Beitrag zum Wahlfonds soll nach der Höhe des jährlichen Einkommens abgestuft werden und betragen: bei einem Jahresverdienst bis zu 5000 Mark 5 Mark, bis zu 7000 Mark 7,50 Mark, bis zu 10 000 Mark 10 Mark, bis zu 12 000 Mark 20 Mark, bis zu 15 000 Mark 30 Mark, bis zu 20 000 Mark 50 Mark, während bei einem Einkommen von mehr als 20 000 Mark mindestens 75 Mark entrichtet werden sollen. Auch die Großberliner Bezirksorganisation der sozialdemokratischen Partei hat kürzlich bis zur Beendigung der Wahlen die Erhebung eines möglichen Ertragsbeitrages für die „Kasse“ der Wahlpropaganda beschlossen.

Hen zitterte am ganzen Körper, aber ein glückliches Schicksal verklärte ihr ganzes Gesicht, als sie Herrn von Walde gerettet vor sich sah.

Er sprang bei ihrem Erbitten befüßt vom Pferde; sie aber, die eben noch eine so außerordentliche Selbstbeherrschung an den Tag gelegt, ließ einen lauten Schrei aus und drehte sich tödlich erschrocken um, als sich von rückwärts zwei Arme um ihre Schulter legten; sie blühte in Miß Mertens tief erregte Färbung.

„Um Gottes willen, Elisabeth“, rief die Erzählerin atemlos, „was haben Sie getan, er konnte Sie ermorden.“

Herr von Walde drang durch den Rest von Geäst, der ihn von den beiden trennte.

„Sind Sie verletzt?“ fragte er rasch und heftig Elisabeth.

Sie schüttelte mit dem Kopfe, ohne ein Wort weiter zu sagen, hob er sie vom Boden auf und trug sie nach einem umgestürzten Baumstamm, wo er sie niederlegte. Miß Mertens setzte sich zu ihr und lehnte den Kopf des jungen Mädchens an ihre Schulter.

„Nun sagen Sie mir, was geschehen ist“, sagte Herr von Walde zur Gouvernante.

„Nein, ein, nur hier nicht, wir wollen gehen“, rief Elisabeth angstvoll, „der Mörder ist entkommen: er lauert vielleicht im nächsten Gebüsch und führt sein Verbrechen doch noch aus.“

„Nun wollte Sie ermorden, Herr von Walde“, sagte Miß Mertens mit zitternder Stimme.

„Der Glende! Der Schuß galt also mir“, entgegnete er ruhig, ohne das mindeste Anzeichen von Befürchtung. Er ging hierauf tief in das Gebüsch, durch welches, nach Miß Mertens Angabe, Vize entflohen war. Elisabeth zitterte, als er im Dickicht entschwand, und war eben im Begriff, alle Selbstbeherrschung zu verlieren und ihm nachzupringen, als er zurückkehrte.

„Sie können ruhig sein“, sagte er zu dem jungen Mädchen. „Es ist keine Spur von ihm zu entdecken, der sagte heute sicher nicht zum zweitenmal. Nun erzählen Sie mir den Vorfall, Miß Mertens.“

Sie war, wissend, daß Elisabeth heute über das

Dorf zurückkehrte, ihr auf dem schmalen Waldwege entgegengegangen. Langsam vom Berge niedersteigend, hatte sie dieselbe Entdeckung gemacht, wie das junge Mädchen. Die Absicht des Erbarmlichen war ihr sofort klar geworden, aber der Schrecken hatte sie dergestalt übermannt, daß sie im ersten Augenblicke weder Funge noch Fuß zu bewegen vermochte. So hatte sie in tödlicher Angst wie eingewurzelt gestanden, als plötzlich Elisabeth, die sie vorher nicht gesehen, hinter dem Mörder erschienen war. Im Entsetzen über die Gefahr, in welche sich das junge Mädchen begeben, war ihr der Hilferuf entflohen, den man mit dem Schusse zugleich gehört hatte.

Sie erzählte das alles in fliegenden Worten. „Nehmen Sie nur den Mut her, Elisabeth“, sagte sie schließlich, „den Menschen zu packen? Ich schauere schon bei dem bloßen Gedanken an die Verhöhnung und hätte es sicher beim Schreien bewenden lassen.“

„Wenn ich schrie“, entgegnete Elisabeth einfach, „dann konnte eine unwillkürliche Bewegung Vizes infolge des Schreckens das Unglück gerade herbeiführen.“

Herr von Walde hörte der Schilderung mit großer Ruhe und Aufmerksamkeit zu. Nur als Miß Mertens beschrieb, wie Elisabeth den Mörder mit Wüthschelle gefaßt hatte, wechselte er jäh die Farbe und warf einen langen, ängstlich forschenden Blick auf das junge Mädchen, als wolle er sich versichern, daß es auch wirklich unverletzt aus der Gefahr hervorgegangen sei.

Er bog sich zu ihr nieder, nahm ihre Rechte und führte sie an seine Lippen, sie fühlte dabei ein leises Beben in seiner Hand.

Miß Mertens, welche bemerkte, daß diese Danksagung Elisabeth sehr verlegen machte, und ihr eine Purgulose auf die Wangen trieb, verließ ihren Platz, hob die Pistole vom Boden auf, die Vize auf seiner Flucht von sich geworfen hatte, und gab sie Herrn von Walde.

„Abscheulich“, murmelte er, „der Glende hat sich auch noch einer Waffe bedient, die mir gehört.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Abrechnung des Meier Stationskommandanten. Auf Antrag des Reichskommissars Köster sind der bisherige Stationschef Admiral Evers und der Chef des Stabes Kapitän z. S. Reismann durch die Admiraltät ihres Postens enthoben worden. Leutnant z. S. von Seibitz ist bis auf weiteres mit der Führung der Geschäfte des Stationschefs beauftragt worden. Leutnant Seibitz ist aus dem Mannschaftenstand hervorgegangen.

Der Preis für die abzuliefernden Kühe. Die Zentrumsfraktion hat in der Nationalversammlung den Antrag gestellt, die Reichsregierung zu veranlassen, daß für die auf Grund des Friedensvertrages an die Entente abzuliefernden Tiere der Unterschied zwischen den Ankaufpreisen und den von der Entente bei der Uebernahme festgesetzten Preisen den Verkäufern entsprechend den zur Zeit der Ablieferung geltenden Marktpreisen ersetzt wird.

Die preussische Beamtenbesoldungsvorlage wird der preussischen Nationalversammlung erst Ende April zugehen, nachdem die Reichsvorlage von der Nationalversammlung verabschiedet ist. Sollte die Nationalversammlung Abänderungen an der Vorlage vornehmen, so wird auch die preussische Vorlage dementsprechend abgeändert werden.

Rundschau im Auslande.

Der Chef der Wirtschaftsabteilung des holländischen Ministeriums des Aeußern begibt sich dieser Tage zu Besprechungen über den Deutschland zu gewährenden Kredit nach Paris.

80 000 tschecho-slowakische Truppen haben auf 19 Transportschiffen Ladestoffe verlassen. Mit dem Abtransport der deutschen Gefangenen ist ebenfalls begonnen worden.

Eine starke Gruppe Eingeborener griff die in den Ergüssen von Agrou (Marokko) beschäftigten Arbeiter an. Mehr Europäer wurden getötet.

Türkei: Exportation des Schmalspurs.

Wie die englischen Blätter melden, geht aus einem Protesttelegramm der indischen Kalfatalordnung an Lloyd George hervor, daß die Verbündeten den obersten Priester der Mohammedaner, den Scheich ul Islam, in Konstantinopel verhaftet und nach Malta abgeführt haben. In dem Telegramm heißt es, die Alliierten seien sich anscheinend nicht bewußt, wie verhängnisvoll die Maßnahme in Indien und im ganzen Osten wirken müßte. Die Verbündeten hätten seinerzeit die Deutschen wegen der Behandlung des Kardinals Mercier beschuldigt, die Verhaftung des Scheich ul Islam sei jedoch ohne Zweifel schlimmer.

Die russische Sphing.

Nach der „Krasnaja Gazeta“ („rote Zeitung“) kosten in Petersburg 400 Gramm Brot 499 Rubel, Butter 2500 Rubel. Der Volkskommissar hat in Anbetracht der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Auslande erklärt, daß neue Banknoten im Betrage von nur 65 Millionen Rubel erstellt werden, die den Vorrat vor allen anderen Banknoten haben sollen. Als Bankhinterlage soll für diese Noten ein Quantum von Platin dienen im Betrage von nahezu 40 Millionen Rubel. Das neue Geld soll ausschließlich für Einkäufe im Auslande dienen.

Wie sich das Verhältnis zwischen West- und Ost-europa gestalten soll und welche Folgen sich aus der Annäherung der Entente an Rußland ergeben werden, ist heute noch ein Rätsel. Während die einen glauben, daß mit der Aufnahme der Handelsbeziehungen die Sowjetregierung sich allmählich zu einem geordneten Staatswesen entwickeln werde, zweifeln die andern sehr daran und sagen: es ist Lenin und Trotzky nur darum zu tun, die so notwendigen Rohstoffe zu bekommen. Rußland hat heute gar nichts mehr, keine Eisenbahnen, keine Handwerksstätten, keine Arbeiter, keine Maschinen, keinen Samen zum Landbau, keine landwirtschaftlichen Geräte usw. 2 000 000 Arbeiter verlangt Trotzky für den Landbau und die Eisenbahnen bei 12 stündiger Arbeitszeit. Es erfolgt ein allgemeines Arbeitsaufgebot. Wer nicht arbeiten will, muß an die Front. Mehrere tausend Schweden wurden schon als Vorarbeiter bei sehr hohem Lohn engagiert. Jeder gelernte Arbeiter irgend einer Ration ist willkommen.

Der in Rußland angeblich vorhandene Ueberfluß an Getreide soll Phantasie sein, ganz abgesehen davon, daß ein derartiger Vorrat von Rußland selbst sofort ausgezehrt würde, wenn die nötigen Transportmittel da wären.

Rußland macht Friedensangebote nach allen Seiten, wohl mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Triebe. Das Vertrauen jedoch ist nicht allseitig. Lenin und Trotzky sollen für immer der bolschewistischen Propaganda entsagen? Lloyd George scheint Optimist zu sein, andere Alliierte sind pessimistisch. Sie fürchten eine Annäherung an Deutschland. Sie bilden mit scheinbar Augen auf die unter Führung von Rathenau nach Rußland gehende Kommission. Polen ist zurückhaltend mit der Bepfehlung des russischen Friedensangebotes und der kürzlichen Meuterei der litauischen Truppen in Rowno soll bolschewistische Propaganda nicht ganz fern stehen.

Soziales.

Die Neuordnung des Kriegsfürsorgewesens. Die Entwürfe über die Neuordnung des Kriegsfürsorgewesens und Kriegsfürsorgewesens sind, einer Nachrichtenstelle zufolge, soweit fertiggestellt, daß sie der Nationalversammlung noch vorgelegt werden können, damit den Opfern des Krieges, den Kriegsverletzten, möglichst bald ihr Recht wird. Die Vorlagen sind aufgebaut nach dem Grundsatz, die Renten allein nach dem Grade der Arbeitsunfähigkeit und nicht nach Rangstufen zu bemessen. Zurzeit sind 1,5 Millionen Versorgungsberechtigte an Kriegsverletzten vorhanden. Dazu kommen noch 1,8 Millionen Witwen und Waisen und noch 600 000 andere Hinterbliebene. Die Gesamtsumme des Jahresaufwandes für Verletzte und Hinterbliebene wird 4,2 Milliarden Mark betragen.

Volkswirtschaftliches.

15. Berlin, 8. April. (Börse.) Die Besserung des Marktes auf den Auslandsmärkten hält weiter an. Die Folge davon war eine erneute Abschwächung der ausländischen Zahlungsmittel an der Berliner Börse. Es wurden bezahlt für englische Pfundnoten 234,75 Mark, für Dollars 58,50 Mark und für französische Francnoten 380 Mark. Die Reichsmark stellte sich jetzt im Wert auf nahezu 8 Pf.

16. Berlin, 8. April. (Barenmarkt.) Hafer für 1000 Kilo auf Abladung 3840—3700—3760 Mt. ab Station, Erbsen 350—460, gelbe und grüne 250—300, Weizen 175—195, Pferdebohnen 175—195, Wicken 155—170, Lupinen 90—49, Geradella 85—93, Weizenheu 48—50, Stroh 22—26, Trodenstängel 89—91 für 50 Kilo ab Station.

Lokales.

Der Abschluß des Stadthaushalts wird in diesem Jahre für die Stadtväter ein besonderes Stück Arbeit sein, da nach dem Gesetz über die Reichseinkommensteuer die bisherigen Kommunaleinkünfte in Wegfall kommen und auch die gesamte Steuereinschätzung von den bisherigen Einschätzungskommissionen, die doch auf Grund der ihnen meist ungefähr bekannten Verhältnisse der Steuerzahler ein menschliches Maßmaß verfahren ließen. Jetzt sprechen nur die Reichs- bzw. Staatssteuerämter, die ihre Aufgabe darin zu erblicken haben, Geld für die Reichskasse herbeizuschaffen. Wie sich da die städtischen Ausgaben decken lassen, wird sich erst nach und nach in der Praxis ergeben. Mancher Stadtkämmerer wird — frei nach Schiller — sagen: „Kann Hunderttausend ich so aus dem Boden stampfen, wächst mir ein Kornfeld in der flachen Hand?“

Die Hyacinthen, die man so oft an den Fenstern der Wohnhäuser sieht, bilden einen herrlichen Schmuck nach innen und außen und ergötzen zudem durch ihren wunderbaren Duft, übrigens einer der wenigen Düfte, welchen die Chemiker noch nicht, wie z. B. den Duft des Nelkens, der Rose usw. zu extrahieren oder aus Fett, Öl, Alkohol usw. zu binden vermochten. Am schönsten blühen die Hyacinthen zweifelslos im Freien, wo sie sehr bald in Gärten und Anlagen zu sehen sein werden. Aber auch die im Zimmer in besonderen Gläsern getriebenen Zwiebeln können viele Jahre lang zu schöner Blüte gebracht werden, wenn man sie nur richtig behandelt. Jedenfalls lasse man die verblühten Zwiebeln in Gläser, gebe ihnen aber kein frisches Wasser mehr und warte mit dem Abschneiden der Stengel so lange, bis diese völlig verwelkt sind. Inzwischen werden dann auch die verbrauchten Wurzeln abfallen. Wer es irgend kann, lasse die leeren Gläser mit den Zwiebeln darauf bis zum Winter hinein stehen, und lasse sie dann wieder treiben, indem man den Zwiebeln Wasser gibt, das eine Messerspitze voll kohlensäurehaltiges Wasser für Zimmerpflanzen aufgelöst enthält. Auch in Töpfe mit guter, etwas gedüngter Erde kann man die Zwiebeln dann pflanzen.

8. Freie Turnerschaft. Die Sitzung der Vorstände der Vereine Bierstadt findet bestimmt heute Abend um 8 Uhr im Gasthaus zum Gambrinus statt.

Den Vereinen zur Nachricht, daß alle Versammlungen neuerdings wieder der Genehmigung der französischen Administration Villair (Leistungstrasse 16) bedürfen. Eine Veröffentlichung vorher, ist daher zwecklos.

Die Stammschnitte der Brotkarten müssen sorgfältig aufbewahrt werden da nach einer neuerlichen Verfügung (siehe Bekanntmachung in heutiger Nummer) das verbrauchte Mehl nicht mehr auf die Lebensmittelliste, sondern auf den Stammschnitt der Brotkarte ausgegeben wird.

Fr. Auszeichnung! Laut einer ministeriellen Verfügung vom 15. März 1920 wurde die Frau Elisabeth Fuchs, mit ihrem Klosternamen Schwester Ferdinande, Krankenpflegerin im Lazarett zu Trier, zu ihrer Erinnerung die goldene Ehrenmedaille zuerkannt. Als Opfer ihrer Gabe ist diese Dame gestorben indem sie französische Soldaten pflegte. Die Regierung der französischen Republik hat deshalb ihrem Andenken durch diese Auszeichnung eine wohlverdienende Guldigung darboten wollen.

Vereinskalender.

Arbeiter-Radsfahr-Verein „Vorwärts“ Bierstadt. Heute Abend 7 Uhr Vorstandssitzung im Lokal Gambrinus.

Freiwillige Feuerwehr. Morgen Vormittag 8 Uhr Probe am Spritzenhaus.

Landw. Consumverein. Heute Abend im Gasthaus zum Adler ordentliche Generalversammlung.

Wetterbericht.

11.—12. Nachts Regen, darauf meist bewölkt, wiederholt Regen, im Gebirge Schneefall, Wind stark.

13.—14. Nachts Regen, darauf meist trüb, im Hochland Schneefall, stellenweise Regen, Wind noch stark.

Kirchliche Nachrichten, Bierstadt.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 11. April 1920.

Sonntag Quasimodogeniti.

Morgens 10 Uhr: Lieder No. 133 — 383 — 103.

Text: Offenbarung Johannes 3, 7—13.

Morgens 11 Uhr: Abendgottesdienst. — Nr. 91 —

98 — Ev. Lukas 24, 13—35.

Mittags 2 Uhr: Christlehre — Lied Nr. 185 — 150

Text: Ev. Johannes 15, 1—8.

Kath. Kirchengemeinde.

Sonntag, den 11. April 1920.

8 Uhr Feiertag der ersten hl. Kommunion der Kinder.

9½ Uhr hl. Messe.

2 Uhr Andacht.

Freundliche Einladung

zu den

Vorträgen des Predigers R. Roeder aus Ludwigshafen in dem Saale der Gastwirtschaft „Zum Adler“, Bierstadt, Langgasse vom 8.—14. April 1920.

Themen der Vorträge:

Samstag, den 10. April, abends 8 Uhr: „Lebenszeit—Saatzzeit“.

Sonntag, den 11. April, abends 8 Uhr: „Du und dein Gewissen“.

(Dieser Vortrag wird im Saale der Gemeinschaft Verbannten, Kloppenheimerstr. 5, abgehalten).

Montag, den 12. April, abends 8 Uhr: „Vom Leben getäuscht“.

Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr: „Was das Leben neu gestaltet“.

Mittwoch, den 14. April, abends 8 Uhr: „Wie wird man des Heils gewiß“.

Änderungen vorbehalten.

Außerdem jeden Nachmittag 5 Uhr in Wiesbaden, in der Aula der höheren Mädchenschule (Eingang I Eingang Mülhause) Vorträge, Bibelstunden für Jedermann.

Bekanntmachungen.

Minderbemittelte Eltern, welche ihre an Skrupulose etc. leidenden Kinder zu einer einwöchentlichen Kur nach Bad Orb zu verbringen geneigt sind, wollen sich bis spätestens zum 14. April 1920 auf der Bürgermeisterei hier selbst melden.

Da ab nächster Woche das zur Verteilung gelangende Mehl nicht mehr wie bisher auf die Lebensmittelliste, sondern gegen Vorzeigen bzw. Entwertung des Stammschnittes der jeweils gültigen Brotkarte auszugeben wird, werden die Haushaltungen hiermit ermahnt, die Stammschnitte sorgfältig aufzubewahren.

Bierstadt, den 9. April 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Einladung.

Wir laden unsere Mitglieder auf Samstag, den 10. April d. J., abends 8 Uhr in das Gasthaus „Zum Adler“ zur

ordentlichen Generalversammlung

hiermit ergeben ein und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Tagesordnung.

1. Bericht über 1919er Jahresrechnung und Bilanz.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Verwendung des Reingewinns.
4. Vorlag des Revisionsberichts.
5. Ergänzungswahlen des Vorstandes und Aufsichtsrates und Wahl eines Direktors.
6. Verschiedenes.

Jahresrechnung und Bilanz liegen von heute an bis zum Tage der Generalversammlung in dem Hause des Rentanten offen.

Bierstadt, den 29. März 1920.

Landw. Consumverein e. G. m. u. Gastpf. zu Bierstadt.

R. Stiehl II.

R. Schild III.



Freiwillige Feuerwehr.

Nächsten Sonntag, den 11. April, vormittags 8 Uhr findet eine

Probe

am Spritzenhaus statt.

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird dringend gebeten.

Nach der Probe findet die Wahl der Fahrer und Unterführer statt.

Der Oberbrandmeister: Florreich



Arbeiter-Radsfahr-Verein „Vorwärts“ Bierstadt.

Samstag den 10. April abends

7 Uhr Vorstandssitzung im Lokal

(Gambrinus). Wegen sehr wichtiger Tagesordnung werden die Vorstandsmitglieder dringend gebeten vollständig zu erscheinen.

Der Vorstand.



Radsfahr-Club Bierstadt 1900 Eingetr. Verein.

Zu der am 18. d. Mt. abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Zum Bären“ stattfindenden Versammlung werden sämtliche Mitglieder hiermit höflich eingeladen. Um pünktliches Erscheinen wegen wichtiger Tagesordnung bittet

Der Vorstand.

Junge Leute die dem Club beitreten wollen, sind hierzu eingeladen.

Preisverzeichnis

der vereinigten Fuhrwerksbesitzer Bierstadt.

Der Stundenlohn beträgt für 1 Pferd 8.50
für 2 Pferde 14.50
mähen m. Mäsch. 1 Pf. 15.—
" 2 Pf. 20.—
" pro Rute —.50

Ackern
Eggen (einfach) —.10
" (doppelt) —.15
Säen oder walzen —.10
Gruppen —.25
Kartoffeln aufstreichen oder durchfahren —.15
Kartoffeln fehen —.55
Klee reifen —.70

Heu, Frucht, Kartoffeln, Dickwurz, Gemüse fahren
w rd auf Stunde berechnet —.20
Kartoffeln abtragen pro Sack
Jauche od. Mist fahren wird auf Stunde berechnet
Kartoffel Hecken per Kloster 75.—
Dinter Naurod " 100.—
Hainchen, Haffel " 80.—
Wellborn " 100.—
Kaltborn, Raffel, Theis " 80.—
Wellinger " 150.—
Wiesbadener Wald " 150.—

Langholz fahren geht auf Stunde
Fuhre unter 20 Jtr. von Jst. od. Erbenheim 18.—
Fuhre unter 20 Jtr. von Wiesbaden 24.—
Fuhre von mehr als 20 Jtr. von Jst. per Jtr. —.85
" " Erbenheim " 1.—
" " Wiesbaden " 1.20

Fuhre Sand holen von Beckel mit 1 Pferd 24.—
Fuhre Sand holen von Beckel mit 2 Pferde 42.—
Fuhre Rheinsand holen mit 1 Pferd 36.—
" 2 Pferde 60.—

Fuhre Sand von Dellenheim holen wird wie die
Fuhre Rheinsand berechnet.
Fuhre Schlacken od. Koks v. Gasfabrik mit 1 Pferd 30.—
" mit 2 Pferde 50.—

Die Fuhrwerksbesitzer Bierstadt.

NB. Den vereinigten Einwohnern zur Kenntnis, daß
Bestellungen auf Fuhrleistungen vorstehender Art jeder-
zeit von dem 1. Vorsitzenden Herrn L. Seulberger,
Taunusstr. 6 entgegen genommen werden.

Gemüse- pflanzen

Schöne pflanzte
zu haben bei Gärtnerei
Apel.

Gebr. Backheine

kauft jedes Quantum
Matern
Bierstadt Vordergasse 1.

4-5 Zentner

Dickwurz.

Ein eisernes Kinderbett, ein
fast neues Kinderhüthen, ein
dop. Petroleumofen zu ver-
kaufen. Matern Vorderg. 1.

Ein Transport junger
Lege-Enten (1919)
zu verl. Bierst. Ellenbogengasse 12

1 mittelgroßer u. 1 kleiner
Kochherd
zu verkaufen. A. Frechenhäuser,
Bierstadt, Dintergasse 14.

Haus

möglichst Bierstadter-Höhe zu
kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 251 an die
Geschäftsstelle der Bierst. Zeitung.

Bekanntmachung.

Ich bringe hiermit zur Kennt-
nis, daß bei Herrn

Jean Morlot,

hier, keine
Zigarren
mehr verkauft werden können.
Wichtiges!

August Diehl,

Friedberg (Hessen),
Spezialgeschäft.

Denne

mit 11 Stücken zu verkaufen.
Bierst. Ellenbogengasse 12.

Sonderangebot:

Uebersee-Rauchtabak

Java-Virginia Mk. 27.50
p. Pfund einschl. Steuer
o. mit deutschem Tabak
gemischt Mk. 25.— p. Pfd.
in Postpaketen (Porto u.
Verpackung Mk. 6.10);
im Zentrum billiger.

H. und C. Bein,
Wiesbaden, Kirchgasse 221

Weißer Schuhe

für Damen und Kinder,
Herren- und Damenstiefel
und Arbeitsschuhe.
Gummisohlen u. -Abfälle.
preiswert bei
H. Schüller, Wiesbaden,
Bleichstr. 1. part.
Eing. Hof Straßenbahn-Depot.

Hut-Umpresserei

— Wiesbaden —

Bleichstraße 20

Herren-, Damen-

und Kinderhüte

werden nach den

neuesten Modellen

Modell-Formen

schnellstens gelief.

B. Spielmann.

Karbid, Karbid-

lampen eign. Parität

Kaffeebohnen, Gaslampen, Brenner

z. B., Glühkörper, Gasocher und

Schläuche, Brat- und Gasbrenner,

Badewannen, Bade-Ofen, Zapi-

schne, Erhitzer, Gas- und

Wasserschläuche zu verkaufen.

Krause, Wiesbaden,
Wellritzstraße 10.

Wallhalla- Lichtspiele

Wiesbaden Mauritiusstr.

Lotte Neumann:

Prinzesschen.

Zeitgemäßes Schauspiel in 4 Akten.

Wenn ein Weib den Weg verliert.

Tragödie einer russischen Großfürstin
in 6 Akten.

Anfang 3, 6 u. 8 Uhr

Kaufe — jedes — Quantum :

Sekt-, Rheinwein-, Bordeaux-,
Cognak-, Burgunder- u. sonstige

Flaschen

zu Tagespreisen. (Auch auswärts.)

Flaschenhandlung

E. Klein, Wiesbaden,

Telephon 5173. Roonstrasse 4, 2.

Postkarte genügt.

Bestellungen finden prompte Erledigung.



Paul Rehm, Zahn-
Wiesbaden, praxis

Friedrichstrasse 50 I.

Zahnschmerzbesitzung, Zahnziehen, Nervtöten
Plombieren, Zahnregulierungen, Künstlicher Zahn
ersatz in div. Ausführungen u. A. m.
Sprechst.: 9-6 Uhr. Telefon 3118.
DENTIST DES WIESBADENER BEAMTEN-VEREINS.

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt

18kar. Gold 750

14kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von M. 50 an

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Mauritiusplatz
Wiesbaden.

Damen- und Herrenhüte

werden nach den neuesten Formen umgepresst.

Alle Formen der neuen Mode sind da.

Auch Linon-Formen zum Selbstanfertigen.

Lager in allen erforderlichen Zutaten. Preiswerte

Umarbeitung von Seiden- und Borden-Hüten.

M. Schulz, Wiesbaden, Wellritzstr. 2.

Wintergarten- Lichtspiele

Schwalbacher Str. 8 Ecke Rheinstr.
Wiesbaden Telefon 6029.

Der geheimnisvolle Baron?

Die Sensation des Tages.

Ferner Max Lindner i. d. Humoreske.

Bandit aus Liebe

Erstklassiger Künstlerchor (10 Herren)
unter Leitung d. Kapellmeisters Paul Oux.

Spielzeit 3, 6, 8 Uhr.

Einladung.

an Damen und Herren jeden Lebensalters zum
Unterricht in getrennten Schulen zu unseren nach
Ostern beginnenden Kursen für kaufmännische
Ausbildung und alles Wissen, welches zur Be-
urteilung der heutigen bürgerlichen u. geschäft-
lichen Verhältnisse notwendig ist. Auch Ein-
zelfächer können belegt werden. Anmeldun-
gen bald (auch während der Feiertage) erbeten.

Kaufmann. Privatschule

H. u. C. Bein, Wiesbaden,

Kirchgasse 22.



Garten- und Feldgeräte

aller Art in großer Auswahl.

Süd-Kaufhaus,
Wiesbad., Ecke Moritz-
u. Gerichtstr.

Kuhl's Zahn-Atelier

Wiesbaden

Schwalbacher Str. 52, Ecke Wellritzstr.

Sprechstunden:

Von 9-6 Uhr, Sonntags von 9-11 Uhr.

Auf vorherige Anmeldung werden Patienten auch
ausser der Sprechstunde behandelt.

Spezialität:

f. Gänzlich schmerzloses Zahnziehen.

Gaumenloser, naturgetreuer Zahnersatz

und kaum unterscheidende Plomben,

Schonendste Behandlung zugesichert.

Mässige Preise.

Achtung!

Konfirmanten — Kommunikanten!

verlaufen Sie sich nicht zur Konkurrenz.
Sie erhalten ständig Kunstdruck-Vergrößerungen
in Mappe Ihres eigenen Bildes.

Wiesbad., Friedrichstr. 14. Kurtz
Hof-Fotograf

Bruch Heilung

ohne
Operation
ohne
Bernis-
störung
auf
natur-
gemäßem
Wege

Habenicht, Spez.-Institut f. Bruchkranke

Sprechstunden:

Mainz, Bonifatiusstr. 2/10

Jeden Freitag von 9-1 Uhr.

Warne vor Nachahmung!

Die Anwendung d. Ver-
fahrens ist sehr einfach
u. erfordert tagl. kaum
1 Minute Zeit. — Prosp.
300 Adress. Geheilter z.
fast all. Gegenden, sow.
d. aufklärende Schrift
über d. „Habenicht-Me-
thode“ wird Bruchlei-
denden auf Wunsch v.
Hauptinstitut Köln
u. Sachsenhausen 89
geg. Rückporto zuges.



Dezimalwagen

mit und ohne

Schiebengewicht

Geachte Ge-

wichte u. Masse

Wiesbaden,

Ecke Moritz- u. Gerichtstr.

Süd-Kaufhaus,

11 Glückslose für 10 Mk.

11 Lehrerheim-Lose, 125000 Mk. Gew. 10 Mk.

Kriegsgef.-Geldlose, 1 Mill. Mk. Gew. 5.30 Mk.

25 Uebersee-Zigarren z. Probe 22.50, 25,—, 30,—, 37.50

100 Zigaretten 20,—, 25,—, 30,—, 40,— Mk.

Sonderangebot für die Leser der Bierst. Zeitung

bei Bezugnahme auf diese Anzeige.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Versand gegen Nachnahme.

J. Stassen, Gegr. 1875, Wiesbaden,

nur Wellritzstrasse 7.

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Koppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 40 Pfg. Rekl. innen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Rödersstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 47.

Dienstag den 20. April 1920.

20. Jahrgang

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— In einer Besprechung mit Lord Derby sind gemeinsame Richtlinien der Entente Deutschland gegenüber festgelegt worden.

— Nach schwedischen Meldungen befindet sich Dr. Kapp in Stockholm.

— Die im Reichswehrministerium verhafteten Offiziere und Zivilisten sind wieder freigelassen worden. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

— Der Ausbruch des Generalstreiks im oberösterreichischen Industriegebiet ist nur noch eine Frage der Zeit.

— Im Absonderungsprozess verurteilte das Gericht den Prinzen Albrecht Joachim zu 500 Mark, Herrn v. Blauen zu 500 Mark und den Erbprinzen von Hohenzollern zu 1000 Mark Geldstrafe.

— Die Nationalversammlung hat die Vorlage auf Änderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge in dritter Lesung angenommen.

— Berlin steht im Zeichen des Wirtschaftsstreiks. Etwa 40.000 Kellner, Köche und Hotelangestellte haben die Arbeit niedergelegt.

Die Vorgänge im Reichswehrministerium.

Freilassung der verhafteten Offiziere und Zivilisten.

Die Untersuchung über die angebliche nationalkommunistische Offiziersverschwörung im Reichswehrministerium hat keinerlei Beweis erbracht, daß die im Reichswehrministerium stattgehabte Zusammenkunft der sechs festgenommenen Offiziere und Zivilisten einen Umsturz der Regierung zum Ziel hatte, oder daß sie sonst in irgend einer Weise geeignet gewesen wäre, die öffentliche Ordnung, Ruhe oder Sicherheit zu gefährden. Der Berliner Polizeipräsident Richter, dem in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar für Berlin die Entscheidung über Schutzhaftangelegenheiten zusteht, hat daher die sofortige Freilassung der Festgenommenen veranlaßt.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus dem Reichswehrministerium war der Reichsregierung durch führende Mitglieder der U. S. P. D. dringlich mitgeteilt worden, daß im Reichswehrministerium eine Geheimtätigkeit zwischen Offizieren und Arbeitervertretern stattfände, um eine Annäherung zwischen der Reichswehr und der revolutionären Arbeiterkraft herbeizuführen. Der Sitzung sollen bereits mehrere Besprechungen ähnlicher Art vorangegangen sein. Der Reichswehrminister beschloß, der Sache sofort persönlich auf den Grund zu gehen und veranlaßte die Aufhebung der Sitzung und die Verhaftung der Teilnehmer. Die sofort angeordnete Untersuchung über den Gegenstand der Sitzung ergab nichts unmittelbar belastendes Material für die Offiziere; dagegen sind die Angaben über die vorangegangenen Sitzungen noch nicht entkräftet und werden, soweit die Offiziere in Betracht kommen, augenblicklich durch ein militärgerichtliches Verfahren einer genauen Prüfung unterzogen.

Mit Wissen der vorgesetzten Behörde.

Die verhafteten Offiziere erklärten bei ihrer Vernehmung, daß die Besprechung mit den Arbeitervertretern mit Wissen ihrer vorgesetzten Behörde erfolgt sei. Es habe sich darum gehandelt, auf friedlichen Wege die Waffenabgabe zu erreichen. Sie hätten vorgeschlagen, daß die Waffen der Arbeiter in Depots abgegeben werden sollten, die unter gemeinschaftlicher Kontrolle des Reichswehrministeriums und der Arbeiterkraft stehen sollten. Die Vermittlung habe der ihnen persönlich bekannte Herr Bartram übernommen. Dieser habe auch eine Besprechung mit dem unabhängigen Wegmann in dessen Wohnung zustande gebracht. In der Besprechung sei von den Offizieren lediglich dargelegt worden, daß das Mißtrauen zwischen der Arbeiterkraft und der Reichswehr verschwinden müsse, dazu würde am besten die Waffenabgabe der Arbeiter und die Verwaltung der Waffen unter gemeinsamer Kontrolle dienen.

Diese Aussagen der Offiziere werden bestätigt durch die Mitteilung des Stabschefs General von Oldershausen, daß er vorher von dem Vorhaben seiner Offiziere, die Waffenabgabe in der erwähnten Weise anzubahnen, in Kenntnis gesetzt worden sei und sogar einen Hauptmann beauftragt hat, dieser Sitzung beizuwohnen. Hier ist tatsächlich über die Waffenabgabe verhandelt worden. Es wäre also alles in Ordnung, bis auf die vorangegangenen Besprechungen, über deren Gegenstand und Ergebnis erst das eingeleitete Gerichtsverfahren Aufklärung bringen soll.

Eine gegenseitige Aussage.

Der oben erwähnte Arbeitervertreter Wegmann, der in den ersten Tagen der Revolution als Mitglied des Groß-Berliner Volksrates eine nicht geringe Rolle spielte und auch jetzt noch zu den linksradikalen Führern der sogenannten revolutionären Betriebsräte

gehört, hat allerdings Aussagen gemacht, die den Angaben der Offiziere direkt widersprechen, wobei die Möglichkeit offen bleibt, daß die Offiziere die Waffenabgabe auch auf dem Wege der Täuschung angestrebt haben.

Wegmann erklärte bei seiner Vernehmung durch den Staatskommissar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, er habe in die Unterredung nur eingewilligt, weil Bartram, den er persönlich auch nicht näher kennt, ihm gesagt hätte, es handele sich um Offiziere, welche die bisherige Politik verdammt und einführten, daß eine Gesundung Deutschlands nur durch die Diktatur des Proletariats möglich sei. Er habe den Offizieren ursprünglich sein Mißtrauen offen ausgesprochen, aber diese hätten wiederholt die Ehrlichkeit ihrer Gesinnung beteuert. Von einer Entwaffnung der Arbeiterschaft sei nicht die Rede gewesen, sondern von einer Bewaffnung zum gemeinschaftlichen Vorgehen mit der Reichswehr gegen die Regierung. Zum Schluß hätten sich die Anwesenden feierlich gegenseitig zugeschworen, Stillschweigen zu wahren.

Wie die unabhängige „Freiheit“ weiter berichtet, sollten zu der Zusammenkunft am Donnerstag auch zuverlässige Genossen von der U. S. P. D. und S. P. D. zugezogen werden. Wegmann machte seinen Parteigenossen davon Mitteilung, und diese entschlossen sich nun, den Reichsfunkler zu informieren. Darauf erfolgten die Verhaftungen.

Da also die Anzeige an die Reichsanzelei tatsächlich durch Unabhängige erfolgt ist, so liegt der Schluss sehr nahe, daß die Unabhängigen die Offiziere nur ausschorten wollten, andererseits kann man mit Recht vermuten, daß es auch den Offizieren nur auf ein Ausschorten der Unradikalen ankam, indem also beide Parteien auf eine Täuschung hinausgingen. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß die infolge der radikalen Forderung nach Befreiung der Reichswehr um ihre Existenz besorgten Offiziere wirklich beabsichtigt haben, das Mißtrauen, das die Arbeiterschaft der Reichswehr und insbesondere den Offizieren entgegenbringt, zu beseitigen und eine Annäherung zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr herbeizuführen. Gleichzeitig mögen die Offiziere auch noch den Sonderplan verfolgt haben, eine Kontrolle über die in den Händen der Arbeiterschaft befindlichen Waffen zu erhalten.

Sache der zuständigen Gerichte wird es sein, Klarheit in diese verworrene Angelegenheit zu bringen. Je schneller eine reifliche Aufklärung des „Komplotts“ erfolgt, desto eher wird sich die Aufregung und Unruhe legen, die sich weiter Kreise durch die übertriebenen Putz- und Märrgerüchte in den letzten Tagen bemächtigt hat.

Cupen und Malmédy.

Die Sabotierung des Selbstbestimmungsrechtes durch die Belgier.

Die Ausführungen der deutschen Regierung in ihrer Note vom 3. Oktober 1919 die Maßnahmen zu treffen, welche zur Sicherung einer freien unbefangenen Abstimmung in den Kreisen Cupen und Malmédy erforderlich sind, haben bei den alliierten Regierungen nicht die erwartete Beachtung gefunden. Die Entente hat vielmehr es Belgien allein überlassen, im Rahmen der im Friedensvertrag vorgesehenen Bedingungen die Abstimmung und ihre Vorbereitungen vorzunehmen. Da Belgien nach Meinung Deutschlands alles andere als dem Versailler Vertrag gemäß vorgegangen ist, hat die deutsche Regierung am 27. Dezember 1919 noch einmal protestiert. Die Entente hat aber nicht geantwortet. In einer Proklamation vom 11. Januar 1920 hat zwar der königlich belgische Oberkommissar für die Kreise Cupen und Malmédy erklärt, daß die Abstimmung „eherlich und unter strengster Beobachtung des Artikels 34 des Friedensvertrages erfolgen werde“. Die Tatsachen stehen aber mit dieser Zusicherung im schroffen Widerspruch.

In technischer Hinsicht fehlt es an allen Vorkehrungen, die für eine sachgemäße Abstimmung unerlässlich sind. Die Anzahl der ausliegenden Listen und die Zeit ihres Auslegens ist ungenügend. Ebenso erfolgt die Eintragung in die Listen sehr oft mit leichtfertiger Ungenauigkeit. Ferner aber, was noch schlimmer ist, erfolgt eine

ständige unerlaubte Beeinflussung der Stimmberechtigten

durch die belgischen Behörden. Die Eintragung erfolgt für jede Person einzeln im Dienstzimmer des Kreis-Kommissars ohne Zeugen. Hierbei wird auf die einzelnen Leute in einer für Belgien günstigen Weise eingewirkt. Es existiert aber auch eine Zirkularverfügung, wonach Personen, die sich eingetragen haben, eine Anzahl Vergütungen, wie Verkehrsleiterungen, zu

zahlung von Lebensmitteln usw. entzogen werden. Diejenigen Personen aber, die sich für Deutschland einzutragen lassen, werden von den Belgiern mit Zwangsmahnahmen verfolgt, die nichts weniger als eine Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz bedeuten. Von den Maßnahmen dieser Art sind die unerträglichsten die Entziehung der Erlaubnis zum freien Verkehr im besetzten Gebiet und die Einbehaltung der Lebensmittelkarten sowie der Ausschluss vom Geldumtausch.

Alles dies stellt natürlich eine Verletzung der Verpflichtung Belgiens dar, für völlig freie Abstimmung zu sorgen. Das Verhalten der belgischen Behörden ist nicht nur ein Bruch gegebener Versprechungen, sondern auch eine Verletzung des Friedensvertrages, da es die Ausübung eines durch den Vertrag verbrieften Rechtes verhindert. Mit Beziehung auf Artikel 34 des Friedensvertrages hat die deutsche Regierung die sofortige Abstellung aller durch Zeugen festgestellten Beschwerden verlangt und ferner ist der Völkerbundsrat um Entsendung einer Kommission zur Prüfung und Überwachung der Abstimmung gebeten worden. Es ist zu erwarten, daß die Ententeregierungen auf diese in letzter Stunde erhobene dringende Beschwerde wirksame Maßnahmen treffen werden, um die Vergeßlichkeit einer Beeinträchtigung von mehr als sechzigtausend Seelen zu verhindern und ihr das Recht der freien Meinungsäußerung und der Selbstbestimmung zu gewährleisten.

Die Vergeßlichkeit des Kreises Monschau.

Gegen die vertragswidrige, sachlich unhaltbare und unter Missachtung der Wünsche der Bevölkerung von der deutsch-belgischen Grenzfestsetzungskommission beschlossene Abtrennung eines Teiles des rein deutschen Kreises Monschau mit der Bahn Aachen-Maltenberge hat die deutsche Regierung den entschiedensten Einspruch erhoben. Der Beschluß steht in Widerspruch zu Artikel 27 des Friedensvertrages und bedeutet schwerste wirtschaftliche und politische Gefährdung großer deutscher Gebiete. Die Ernährung Stolberg, des Schweizer Industriebezirks, die Holzzufuhr und Arbeiterzuwendung aus dem Monschauer Gebiet ist in Frage gestellt. Mit der Verschiebung der neuen Grenze bis an die Bahnlinie würde auch das Hauptkinderkrankenhaus für die Wasserversorgung des Aachener- und Stadtkreises Aachen in belgische Hände geraten. Durch gleichzeitige beabsichtigte Einverleibung der Talsperreanlage Dreilägerbach ist die Industrie und Bevölkerung von Aachen-Land beständig in Gefahr wirtschaftlicher Lahmlegung. Bei fahrlässiger oder böswilliger Handhabung der Talsperre in Fällen außerpolitischer Konflikte ist eine vollständig zerstörende Überschwemmung des unteren Rheintales mit bedeutender Industrie jeder Zeit möglich.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich ohne weiteres die Unhaltbarkeit und Gefährlichkeit des Kommissionsbeschlusses, dessen Aufhebung die deutsche Regierung um jeden Preis herbeiführen muß.

Protestkundgebungen in Aachen.

Am Sonnabend trat die gesamte Arbeiterschaft und Bürgerchaft der Stadt Aachen zu einer machtvollen Protestkundgebung gegen die Abtretung von Cupen und Malmédy und der Bahn nach Monschau sowie zum Protest gegen die Verhaftung der deutschen Gewerkschaftsführer in Cupen zusammen. In sämtlichen Betrieben wurde um 1 Uhr mittags die Arbeit eingestellt, von 3 Uhr ab ruhte der Verkehr auf allen Bahnen und Kleinbahnen. Um 7 Uhr abends wurde der Verkehr wieder aufgenommen. Es fanden Massenkundgebungen statt. Der Verkehr auf der Straße Aachen-Herbesthal ist bereits Freitag abend stillgelegt worden. Dieser Ausstand steht in Verbindung mit dem Streik in Cupen und Malmédy.

Politische Rundschau.

Berlin, den 17. April 1920.

— Oberpräsident v. Richter, Hannover, der letzte Oberpräsident, der vor der Revolution ernannt wurde, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Er ist Mitglied der preussischen Landesversammlung und Führer der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

— Der französische Gouverneur Ober hat die sozialdemokratische „Römer Volksstimme“ wegen eines Artikels „Kampf der Entente gegen die deutsche Republik“ auf vier Tage verboten.

— „Kapp in Stockholm“ verhaftet. Nach einer Meldung der „Stockholmer Zeitung“ ist Dr. Kapp in Stockholm verhaftet worden. Er reiste mit einem falschen Paß auf den Namen Dr. Wilhelm Kaniß. Kapp wurde in einem Badehotel in Södertälje angehalten. Er war mit einem Flugzeug nach Schweden gekommen, das in Schonen landete, worauf er die Reise mit der Bahn in nördlicher Richtung nach Stockholm fortsetzte. Ein schwedischer Schriftsteller will ihn in der Natur

erkannt haben. Als die Polizei in Ederstraße den Paß des Dr. Kapp untersuchte, stellte sich heraus, daß er gefälscht war, weshalb Dr. Kapp festgenommen wurde. Während des Verhörs gab er sich zu erkennen und wurde des Abends im Automobil nach Stockholm gebracht, wo er durch die Kriminalabteilung einem Verhör unterzogen wurde. Die Polizei will sich jedoch noch nicht über das Ergebnis aussprechen. Die Nacht muß Dr. Kapp in der Kriminalabteilung verbleiben. Der Polizeimeister kann sich noch nicht darüber äußern, inwieweit von einer Einlieferung ins Gefängnis oder Ausweisung die Rede sein kann.

:: **Ebert gegen „Deutsche Zeitung“.** Das Reichsgericht verwarf die Revision des verantwortlichen Redakteurs der „Deutschen Zeitung“ Ernst Bildt in Berlin, der vom Landgericht I in Berlin am 17. Januar wegen Verleumdung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung begangen durch Veröffentlichung des Artikels „Wie lange noch?“ in der Abendausgabe vom 25. Oktober zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt worden war.

:: **Die künftigen Arbeitsnachweise** sollen durch das geplante Reichsgesetz zur Regelung des Arbeitsnachweises nicht in Reichsbehörden umgewandelt und auch bei der zukünftigen Organisation die Gemeinden nicht ausgeschaltet werden. Sie werden nach wie vor im Mittelpunkt der Organisation stehen, müssen allerdings auch einen Anteil an den Kosten der künftigen Regelung tragen.

:: **Erhöhung der Invalidenrente.** Der Gesetzentwurf über Abänderung der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist vom Reichskabinett den gesetzgebenden Körperschaften überwiesen worden. Der Entwurf sieht zunächst die Weitergewährung der bisherigen Zulagen für die Rentenempfänger vor und bringt eine Erhöhung der Rente für Rentner um jährlich 48 Mark. Im übrigen sieht der Entwurf neue Lohnklassen vor, und zwar von 1500 bis 2000 Mark, von 2000 bis 3000 Mark, von 3000 bis 4000 Mark, von 4000 bis 5000 Mark, von 5000 bis 7000 Mark und von mehr als 7000 Mark. Die Leistungen werden künftig in einem festen Grundbetrag von 300 Mark bestehen und aus Steigerungssätzen, die nach Lohnklassen verschieden sind und in den höchsten künftig für jeden Wochenbeitrag 1 Mark betragen werden. Auch für die Altersrenten und die Hinterbliebenenrenten sind erhebliche Erhöhungen vorgesehen; dazu erleichternde Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Unvorsichtigkeit auf die Versicherungsleistungen. Die Zusatzversicherung dagegen wird künftig weggelassen.

:: **Immer noch Gefangene in Frankreich.** Im Widerspruch zu den Meldungen, nach denen alle Kriegsgefangenen aus Frankreich zurückgeführt sein sollen, laufen Nachrichten aus dem Gefangenenerlager Moenne (Voire) ein. Dort befinden sich noch Offiziere und Mannschaften, die zum Teil auf der Auslieferungsliste stehen, zum Teil von den Franzosen bestraft sind. — Ein Teil der noch in Rumänien verbliebenen deutschen Gefangenen wird durch einen Lazarettzug abgeholt werden und etwa in fünf Wochen in Deutschland eintreffen.

:: **Zusammentritt des Parteivorstandes der Zentrumspartei.** Der Parteivorstand und der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei sind am 17. ds. Mts. in Berlin zu einer Tagung zusammengetreten. Gegenstand der Verhandlungen sind schwebende aktuelle politische Fragen, vor allen Dingen die Frage der Waffen. Die Verhandlungen des Reichsausschusses und des Parteivorstandes dürften drei Tage in Anspruch nehmen.

:: **Die Steuererhebung an der Quelle.** Die Vorbereitungen für die Erhebung des Arbeitseinkommens an der Quelle sind noch nicht so weit vorgeschritten, daß für das erste Steuerquartal (Erhebungstermin der 15. Mai) die Durchführung der neuen Bestimmungen in Frage kommt. Frühestens wird dies für das zweite Steuerquartal (15. August) möglich sein.

:: **Die Landesverratsbeschuldigung gegen den Kgl. Brau.** Die „Freiheit“ bestreitet die Behauptung, der Unabhängige Brau habe der Entente Dokumente unter-

breitet, die der deutschen Regierung vorher nicht bekannt gewesen seien. Brau sei vielmehr pflichtgemäß in Ausführung eines ihm übergebenen Auftrages mit der Rheinlandkommission in Verbindung getreten, um mit ihr die Flüchtlingsfrage zu regeln. — Ob diese Darstellung den Tatsachen entspricht, wird das Ermittlungsverfahren ergeben müssen, dessen Einleitung der Reichsjustizminister in der Nationalversammlung angekündigt hat.

:: **Ein bayerischer Wahllokal der Reichsboten.** Nach der „München-Magburger Abendzeitung“ ist bei den bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen mit einem großen geschlossenen Block von Reichsboten zu rechnen in Stärke von 680 000 Mitgliedern, der verhindern soll, daß die Interessen seiner Kreise im Landtag nur von reinen Parteivertretern wahrgenommen werden.

:: **Wahlaufruf der demokratischen Partei.** Die Demokratische Partei hat ihren Wahlaufruf für die kommenden Wahlen zum Reichstage veröffentlicht. Der sehr umfangreiche Wahlaufruf geht auf die Einzelorderungen, die die Partei vertreten will, ein. Zunächst wird betont, daß die Koalition der Reichsparteien, wie sie zurzeit besteht, die einzig regierungsfähige Mehrheit darstelle. Es wird das im einzelnen begründet durch die Erfolge, die bisher durch die Koalitionspolitiker erzielt worden sind. Dann legt der Wahlaufruf die Stellung der Partei zu den beiden anderen Koalitionsparteien fest. Der Wahlaufruf führt dann eine Reihe spezieller Forderungen auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet auf und legt auch für die Außenpolitik eine Reihe von Richtlinien fest.

:: **Die Kommunisten für Wahlbeteiligung.** Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus-Bund) hat auf ihrem dieser Tage in Berlin abgehaltenen Parteitag einstimmig die Beteiligung an der Reichstagswahl beschlossen, ohne damit aber, wie sie ausdrücklich hervorhebt, ihre grundsätzliche antidemokratische und antiparlamentarische Stellungnahme aufzugeben. „Die Kommunistische Partei weiß, daß die Erringung der Herrschaft nur das Ergebnis des Kampfes außerhalb des Parlamentes sein wird. Für sie bleibt der Parlamentarismus eines der untergeordneten Mittel, dessen sie sich bedient, um die Köpfe der Arbeiter zu gewinnen.“ In ihrem eigentlichen Wahlaufruf steht die Kommunistische Partei auch eine scharfe Schelte aus zu den Unabhängigen. Da auch, nach der letzten Rede des Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, die Mehrheitssozialdemokratie eine Gemeinschaft mit den Unabhängigen ablehnt und an der Koalition festhält, werden alle drei sozialistischen Parteien völlig getrennt in den Wahlkampf gehen.

:: **Die Grenzen des Ausnahmezustandes.** Am 14. April ist ein neues Gesetz über die Verhängung des Ausnahmezustandes in Kraft getreten. Augenblicklich bestehen die alten Bestimmungen in der verschärfsten Form nur noch in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Münster und Arnberg. Nur dort kann noch bei Eisenbahnsabotage und unmittelbarer Gefährdung von Menschenleben auf Todesstrafe erkannt werden, und dieses Urteil von den bestehenden außerordentlichen Kriegsgerichten gefällt werden. In allen anderen Regierungsbezirken hat nunmehr der Oberpräsident die alleinige Befugnis und Entscheidungsmöglichkeit über die Verhängung von Schußhaft, Beschlagnahme, Zeitungsverbot und Geld- oder Gefängnisstrafe. In Ostpreußen untersteht die Exekutive dem Reichskommissar Bormann. Beschwerden gegen die Verfügungen der Oberpräsidenten sind nicht wie bisher an den Reichswehrminister, sondern an den Reichsminister des Innern zu richten. Für Schußhaft, Beschlagnahme und Beschränkungen gegen Zeitungsverbot und Pressebeschränkungen sind besondere leisere Auslässe im Reichsministerium des Innern gebildet worden. In Thüringen ist der Ausnahmezustand mit Ausnahme des Regierungsbezirks Erfurt, wo er noch in beschränktem Umfange besteht, völlig aufgehoben worden. Ebenso in Württemberg und Baden. Für Bayern gelten die Bestimmungen der bayerischen Regierung.

Ein neues Ultimatum?

Die Entente fordert die völlige Entwaffnung.

Die englisch-französische Freundschaft ist vor einigen Tagen zur Not wiederhergestellt worden, und an das Drängen Englands soll nun in San Remo die Solidarität der Entente unterstrichen werden und der Wunsch erweckt werden, als ob der französisch-englische Zwischenfall an der Haltung gegenüber Deutschland nichts geändert hat.

Als Basis für eine gemeinsame Aktion gegen Deutschland eignete sich am besten die von den französischen Anglizisten stets und ständig in den Vordergrund geschobene Entwaffnung Deutschlands. England machte sich diese Forderung zu eigen und will sie zum Gegenstand eines Gesamtschrittes machen, der darauf hinführt, die vollständige Ausführung des Versailler Vertrages von Deutschland zu verlangen.

Im Auftrage seiner Regierung hat der englische Botschafter in Paris Lord Derby dem französischen Ministerpräsidenten Millerand offiziell vorgeschlagen, daß den alliierten Vertretern in Berlin gleichlautende Anweisungen zugesandt werden sollen, um der deutschen Regierung formell bekanntzugeben,

1. daß man von ihr die genaue Ausführung des Versailler Vertrages und hauptsächlich der Vereinbarungen, die auf die Errichtung der Armee und Vernichtung des Kriegsmaterials sich beziehen, erwartet,

2. daß die Mächte weder die Wiederherstellung des militärischen Regimes, noch eine bolschewistische Revolution dulden werden,

3. daß die Versprechungen, die die Mächte Deutschland für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau gegeben haben, die Bewilligung von internationalen Krediten und die Lieferung von Rohstoffen von den vorgenannten Bedingungen abhängig bleiben.

Millerand war natürlich über dieses Entgegenkommen der Verbündeten hocherfreut und hat dem englischen Vorschlag selbstverständlich ohne weiteres zugestimmt. Auch Italien und Belgien haben Herrn Millerand durch ihre diplomatischen Vertreter erklären lassen, daß sie bereit sind, sich England anzuschließen, um einen allgemeinen Schritt bei Deutschland zu unternehmen.

Neue Blokadrohung?

Der Ring um Deutschland ist also wieder einmal geschlossen. Um Deutschland endgültig gefügig zu machen, soll, wie Savas aus Paris meldet, die gesamte Lebensmittelversorgung Deutschlands eingestellt werden, wenn Deutschland die Vertragsklausel bezüglich der Entwaffnung nicht innehalten will.

Wenn diese geplanten Gewaltmittel zur Anwendung gelangen, so haben wir das zu einem guten Teil den sogenannten „deutschen Arbeitervertretern“ zu verdanken, die es nicht unter ihrer Würde hielten, der Rheinlandkommission in Koblenz immer wieder zu beteuern, die Bewegung im Ruhrrevier habe niemals einen bolschewistischen Charakter getragen und lediglich der Einmarsch ungeheurer, die deutschen Angaben um ein Vielfaches übersteigenden Massen von Reichswehrruppen hätten die Unruhen hervorgerufen. Jeder einzelne Bürger, der die Schreckenstage im Ruhrrevier durchmachte, kann diese „Vertreter“ süßen strafen. Die Truppenzahl in der neutralen Zone wird täglich vermindert, so weit es die Verhältnisse zulassen. Leider ermöglicht die mangelhafte Waffenabgabe augenblicklich noch keine völlige Zurückziehung sämtlicher Truppen.

Doch alle Betuerungen und Richtigstellungen helfen nichts. Frankreich ruht nicht eher, als bis es die völlige Entwaffnung Deutschlands erreicht hat. In San Remo wird es neue Anstrengungen in dieser Richtung machen und vielleicht auch Erfolg haben, wenn nicht im letzten Augenblick bei den sonst wohl berechnenden Engländern die Vernunft über Haß und Rachsucht siegt. Auflösung und Beseitigung der Reichswehr bedeutet neue Wirren, neue Unordnung und vollständige Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens. Der Widerstand des deutschen Volkes gegen das wahnfinnige Unternehmen der Kapp und Dittrich müßte dem Alliierten zur Genüge gezeigt haben, daß der Militarismus in Deutschland vollkommen abgewirtschaftet hat.

Ihre Blitze auf die einsame Spielerin mitten im Saal scheiterten, alles verschwand, sie war allein mit ihrem Verwehen, dem großen Beherrscher der Töne, und folgte entzückt jeder Wendung seines schöpferischen Geistes.

Ein wahrer Beifallssturm schredte sie auf, als sie geendet hatte. Sie verbeugte sich und floh dann förmlich zu ihrer Beschützerin, der Frau Heis, die ihr sprachlos vor innerer Bewegung, beide Hände entgegenstreckte.

Das Konzert dauerte nicht lange. Vier junge Herren aus A. sangen ein hübsches Quartett, dann folgte der Vortrag eines tüchtigen Geigenpielers. Fräulein von Quittelsdorf sang auch zwei Lieder mit schöner Stimme. Auch eines der so lange einstudierten vierhändigen Musikstücke kam an die Reihe. Fräulein von Walde hatte ihre Fassung wiedergewonnen und spielte im Vereine mit Elisabeth vortrefflich.

Als das Konzert zu Ende war, trat Elisabeth in die Tür eines Nebenzimmers, um ihren Umhang zu holen. Fast auf dem Fuße folgte ihr ein stiller Herr, der ihr gegenüber gesessen und sie fortwährend mit großer Aufmerksamkeit betrachtet hatte. Die Doktorin, die mit Elisabeth gegangen war, stellte ihn auf sein Verlangen dem jungen Mädchen vor als den Herrn Kreisgerichtsdirektor Busch. Er sagte ihr viel Schönes über ihr Klavierspiel und fügte hinzu, es sei für ihn von großem Interesse, die tüchtige Lebensretterin des Schlossherrn kennen zu lernen; er habe um so eiliger die heutige Gelegenheit ergriffen, als ihm seit einigen Stunden die Hoffnung genommen sei, in der Untersuchung der Attentatsgeschichte mit ihr verkehren zu dürfen.

Elisabeth fuhr erschrocken zurück. Er lachte laut und herzlich.

„Nun, nun, entsetzen Sie sich nicht nachträglich, mein Fräulein!“ rief er endlich. „Wir haben ja, wie ich Ihnen eben sagte, leider keine Veranlassung mehr, Sie vor unsere Schranken zu laden. Lina hat die ganze Angelegenheit mittels eines Sprunges niedergeschlagen, seine Leiche wurde heute nachmittag aus dem Teiche bei Lindhof gezogen“, fügte er mit gedämpfter Stimme hinzu.

(Fortsetzung folgt.)

Goldelse.

Roman von E. Marlitt.

(Nachdruck verboten.)

47] Die hohe Flügelstür des Saales räumte auf. Elisabeth dankte in diesem Augenblick ihrem guten Sterne, der sie hinter der imposanten Gestalt der Doktorin völlig verschwinden ließ, denn der Eindruck des großen, festlich geschmückten Raumes, über dessen spiegelglattes Parkett prachtvolle Damenkleider rauchten, und die feinen Lackstiefel der vornehmen bekrachten Herren hinglitten, hatte etwas Uebervolltendes für sie.

Inmitten des Saales stand die Baronin Vessen, von einem prächtigen, dunkelblauen Seidenkleid umhüllt, und machte die Honneurs.

Während Heis mit seiner Frau zu Herrn von Walde schritt, folgte Elisabeth froh und dankbar einem Wink Helenens, die in einem Fenster sitzend, ihr hastig und aufgeregter mitteilte, daß sie plötzlich vom sogenannten Lampenfieber überfallen worden sei; sie habe entsetzliche Angst, vor all diesen Leuten zu spielen, und möchte am liebsten in eine Mäuseloch frieden.

Schließlich hat sie das junge Mädchen, statt des vierhändigen Stüdes, mit dem das Konzert eröffnet werden sollte, eine Sonate von Beethoven zu spielen, ein Wunsch, auf den Elisabeth sofort einging. Ihre Befangenheit war verflogen. Sie trat an den Tisch, auf welchem die Noten lagen, und schlug die Sonate auf, die sie vortragen wollte. Währenddem fuhr draußen Wagen auf Wagen donnernd in die Einfahrt.

Aus der Begrüßung der Baronin konnte sie sehr leicht erkennen, auf welcher Rangstufe die Eintretenden standen.

Zuerst strömten gewöhnlich alle Ankommenden auf den Wink der Baronin nach dem Fenster, wo Herr von Walde stehen sollte — von ihm selbst sah Elisabeth keine Spur, denn der Ring, den die Glückwünschenbildeten, war stets undurchdringlich — dann verteilten sie sich in einzelne Gruppen.

In diesem Augenblicke räumte wieder die Tür auf und eine alte forpultene Dame hinkte am Arme eines ebenso bejahrten, ordensgeschmückten Herrn, und von Fräulein von Quittelsdorf begleitet, in den Saal. Die Baronin eilte den Eintretenden entgegen, auch Fräulein

von Walde erhob sich mühsam und trat, von Hoffeld geführt, auf das alte Paar zu, während die um sie versammelten Damen ihr folgten, wie ein Kometenschweif. Der Menschenhaufen am Fenster löste sich ebenfalls wie durch einen Hauberschlag, und Herrn von Walde des hohe Gestalt wurde sichtbar.

„Man muß zu Ihnen kommen, wenn man Sie sehen will, Sie Unartiger,“ rief die alte Dame, indem sie, mit dem Finger drohend, auf ihn zuwachte. „Denn das schöne Spanien jede Erinnerung an Ihre alten Freunde vernichtet? ... Sie sehen, trotz meiner kranken Füße, und obgleich ich mich von Ihnen schmerzlich vernachlässigt fühle, komme ich heute doch, um unter denen nicht zu fehlen, die Ihnen Ihre Glückwünsche aussprechen.“

Er verbeugte sich und sagte ihr einige Worte, worauf sie ihm lachend einen leichten Schlag auf die Schulter versetzte; dann führte er sie zu einem Sessel, auf welchem sie sich mit großer Würde niederließ.

„Die Frau Baronin von Falkenberg, Oberhofmeisterin am Hofe zu V.“, antwortete die Doktorin auf Elisabeths Frage, wer die alte Dame sei. Fräulein von Quittelsdorf sah heute wunderschön aus in ihrem weißen Kreppkleide und einen brennendroten Malvenkranz aus ihr dunkles Haar gedreht, als sie sich in ehrerbietigster Weise um ihre Vorgesetzte bemühte, wobei sie jedoch nicht unterließ, dann und wann einen schalkhaften Blick auf Fräulein von Walde zu werfen.

Das Erscheinen der Gäste vom Hofe war das Zeichen zum Beginn des Konzerts. Elisabeth hörte fast ihr Herz klopfen. Eine unfähige Schen überkam sie plötzlich, und sie bereute bitter, daß sie darauf eingegangen war, zuerst allein zu spielen. Sie bebt, als Fräulein von Walde ihr winkte, zu beginnen; aber nun half kein Sträuben mehr. Sie schöpfte tief Atem, nahm das Notenheft und schritt langsam, mit gesenkten Augen zum Klavier, wo sie sich schlichtern verbeugte.

Zuerst entstand atemlose Stille, dann lief ein Geflüster von Mund zu Mund, das aber sofort erlosch, als das junge Mädchen die Tasten berührte. Auch Elisabeths Angst und Bellemung entwichen bei dem ersten Akkord. Die geschmückten Damenköpfe, die sich drüben an den Wänden hinreichten, die Vornetten und Brillengläser, welche in der Sonne funkelnd, beharrlich

und hier längst nicht mehr zu Hause ist. Die Truppen
reichen jetzt kaum zur Aufrechterhaltung der Ordnung,
geschweige denn daß von einer Bedrohung Frankreichs
die Rede sein kann.

Rundschau im Auslande.

Die französischen Nationalisten haben in der Kammer
beantragt, daß der 1. Mai zu einem nationalen Feiertag
zur Erinnerung an die Jungfrau von Orléans erhoben
werde.

Der amerikanische Eisenbahnstreik hat seinen Höhe-
punkt überschritten. Die Rückkehr der Ausländer zur
Arbeit hat begonnen.

Freistaat Danzig: Die Danziger Wahlordnung.

Die Wahlordnung für die Danziger Wahl zur ver-
fassunggebenden Versammlung für das Gebiet der künftigen
freien Stadt Danzig, die bekanntlich am 16. Mai
abgehalten, ist fertig gestellt und veröffentlicht worden.
Wahlleiter ist Oberbürgermeister Sahm. Der Wahlord-
nung sind im wesentlichen die Bestimmungen des deut-
schen Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 und der
deutschen Wahlordnung vom 30. November 1918 zugrunde
gelegt. Der Entwurf der Danziger Wahlordnung hat dem
Vollständigenrat vorgelegen und ist von ihm genehmigt
worden.

England: Die Kaiserfrage im Unterhaus.

Das englische Parlament befaßte sich zur Abwech-
selung wieder einmal mit der Kaiserfrage. Der Abgeord-
nete Billing stellte dem Vertreter des Ministerpräsidenten
Bonar Law folgende Fragen: Wird Bonar Law dafür
sorgen, daß dem Kaiser und Kronprinzen unter
keinen Umständen erlaubt wird, nach Deutsch-
land zu gehen? Bonar Law antwortete: Gewiß, das
ist die Absicht der Militärs. Billing: Wird dies nötigen-
falls mit Gewalt erzwungen werden? Bonar Law lächelte
bejahend.

Lord Derby, der englische Botschafter in Paris,
hat Befehl erhalten, wieder an der Botschafterkonferenz
teilzunehmen.

Washington, der Sitz der nordamerikanischen Re-
gierung, ist durch den Eisenbahnstreik vollständig abge-
sperrt. Der ganze Verkehr erfolgt durch Autos.

England: Abreise der deutschen Kriegsschiffe.

In diesem Monat sollen an der schottischen Küste noch
insgesamt 72 deutsche Kriegsschiffe zur Ablieferung an
England gelangen. Sie werden voraussichtlich abge-
liefert werden. Bisher hat man bei einigen Schiffen damit
begonnen.

Italien: Die Kolonialkompensationen für Italien.

Die Unterhandlungen zwischen England und Italien
über koloniale Kompensationen für Italien stehen vor dem
Abschluss. England wird einen Teil des britischen So-
malandes an Italien abtreten, wozu auch der Hafen
von Aden gehört und weiter die Oase von Zaghad in
Nordafrika, das Zentrum der Senussi. Man erwartet,
daß das Abkommen innerhalb weniger Tage unterzeichnet
werden wird.

Ägypten: Aufstand in Mesopotamien.

In Mesopotamien ist ein Aufstand gegen die Eng-
länder ausgebrochen. Der Bezirk Kut el Amara befindet
sich in den Händen der aufständischen Stämme. Die Be-
wegung hat auch auf die Bezirke Bagdad und Basra
übergegriffen. Die Briten sind gesprengt und die Bahn-
linien verschiedentlich unterbrochen worden.

Hölz entkommen?

Die Entwertungsfaktion im Vogtland.

Die militärische Aktion gegen die vogtländischen
Kommunisten ist bereits zum großen Teil durchgeführt,
daß es den Truppen gelang, das Kommunisten-
Hölz selbst habhaft zu werden. Bevor Hölz aus
Klingenthal zurückzog, zwang er das Gemeindevor-
stand, ihm einen Reisepaß mit falschen Namen auszustellen.
Allem Anschein nach ist es ihm gelungen, aus dem
Kessel zu entweichen.

Über den Vormarsch der Reichswehr liegen fol-
gende Meldungen vor:

Plauen, Falkenstein und Klingenthal sind am Mit-
woch von der Reichswehr besetzt worden.

Hölzige Bänder, die von Klingenthal in Kraft-
wagen über Auerbach angekommen sind, wurden in
Kautenfranz, südlich Auerbach, von Reichs-
wehrtruppen in einen kurzen Kampf verwickelt. 80
Mann wurden gefangen genommen, 2 Personenkraft-
wagen und 4 Lastkraftwagen wurden erbeutet. Hölz
entkam anscheinend in der Richtung auf Johann-
Georgenhof.

In Schönbühl wurden durch Gendarmerie drei
Hölz-Gardisten verhaftet, welche angaben, daß Hölz
nach dem Zusammenstoß bei Auerbach 500 seiner An-
hänger bei Schönbühl entlassen habe mit einem Flucht-
geld von 500 Mark für einen jeden. Von Jägers-
grün wurden 120 Rotgardisten in zwei Eisenbahnwa-
gen und ein Eisenbahnwagen mit Gewehren nach Del-
itz abtransportiert.

Der Kommunist Wadler in Glauchau hatte
Mittwoch nachmittag gegen eine ihm seitens der dor-
tigen Arbeitgeber angebotene Zahlung von 25 000 Mk.
Glauchau mit 30 Mann seiner Anhänger verlassen.
Ein Teil seiner roten Garde hat sich von ihm losgesagt
und ist in Glauchau verblieben.

In Delitzsch wurde beim Einmarsch der Reichs-
wehr ein Bankbeamter festgenommen, in dessen Besitz
sich 800 000 Mark befanden. Es steht noch nicht fest,
ob es sich dabei um einen Teil der in Klingenthal von
Hölz erpreßten Million handelt.

Die Thüringischen Aktionsausschüsse fordern Zurück-
ziehung der Reichswehr.

Eine in Gera (Neuß) stattgehabte Konferenz der
Aktionsausschüsse und sozialdemokratischen Parteien,
welche zu dem Hall Hölz und der daraus entstehenden
Militäraktion Stellung nahmen, war von 90 Delegier-
ten besucht. Die Delegierten von Sachsen-Altenburg,
sowie Sachsen-Weimar waren durch mehrere Staatsräte
vertreten, ferner waren anwesend der Präsident des
Thüringer Volksrates, der zweite Vorsitzende des Ge-
werkschaftsbundes Berlin, ein Vertreter des Deutschen
Eisenbahnerverbandes und der Volkskommissar der Pro-
vinz Sachsen. Es wurden folgende Resolutionen ein-
stimmig angenommen: 1. Zurückziehung der
Reichswehr aus dem Vogtland auf Verlangen
der Arbeiterorganisationen; 2. unter der Reichswehr
und den Arbeitern Aufklärungsarbeit im Sinne des

sozialistischen Kampfes zu leisten; 3. Auflösung
der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterschaft
unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen; die Arbeit-
er ganz Mitteldeutschlands aufzurufen, mit Hilfe der
Betriebsräte den Generaistreik in ganz Deutsch-
land zur Durchsetzung obiger Ziele zu propa-
gieren.

Deutsche Nationalversammlung.

— Berlin, 15. April.

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Bei sehr schwach besuchtem Hause begann die Na-
tionalversammlung heute die erste Beratung des Ge-
setzentwurfes über die Aufhebung der Militärgerichts-
barkeit in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die
Stellung der Heeresjustiz und der bei ihnen beschäf-
tigten Sekretäre.

Abg. Warmuth (Dnall.): Die Militärgerichtsbar-
keit hat vortrefflich gewirkt. Eine Abschaffung wäre ge-
rade im jetzigen Augenblick ungewiss, weil noch
etwa 10 000 Reste vorliegen. Den bürgerlichen Gerich-
ten fehlt die nötige Sachkenntnis. Die Vorlage sollte
allerfrühestens im Oktober verabschiedet werden.

Abg. Stülcken (Soz.): Zur Militärgerichtsbarkeit
hat man kein Verlangen mehr, sie muß so bald wie mög-
lich aufgehoben werden.

Abg. Graf zu Dohna (D. Sp.): Wozu wird die-
ses Gesetz, wie so viele andere, übers Knie gebrochen?
Wir sind schon gegen das Gesetz, um die Machtver-
hältnisse des Justizministers nicht zu erweitern.

Abg. Dr. Hall (Dem.): Den von der Mehrheit gegen
die Vorlage geltend gemachten Einwänden schließen
wir uns nicht an. Wir brauchen ein Heer, das im
Nothfall wegzugehen und das freigegeben wird von Mil-
tärstrafen. Der 1. Oktober 1920 für das Inkrafttreten
des Gesetzes ist viel zu spät.

Abg. Seger (U. S.): Wir haben schwere Bedenken
gegen Einzelbestimmungen des Entwurfes.

Justizminister Kuntze: In der Forderung des Abg.
Warmuth auf spätere Verabschiedung des Gesetzes ver-
weise ich auf die Denkschrift eines Oberkriegsgerichts-
rats, aus der ein erschreckendes Steigen der Kriminali-
tät in unserer Wehrmacht hervorgeht.

Abg. Schultze-Bromberg (Dnall.): Die Militärge-
richtsbarkeit hat sich glänzend bewährt; sie muß fort-
bestehen. Wir sind nicht für Herbstwahlen, son-
dern für eine Verschiebung um 8 oder 14 Tage, da-
mit auch die Abstimmungsgebiete teilnehmen können.

Damit schließt die Aussprache. — Der Gesetzent-
wurf geht an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern, des-
sen Bericht die Vorlage über die Stellung der Heeresjusti-
zen und ihrer Sekretäre.

Der Gesetzentwurf über Erhöhung der Schaum-
weinsteuer auf 12 Mark für jede Flasche wird in
zwei Lesungen angenommen.

Das Filmgesetz.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes
über die Prüfung von Filmstreifen für Lichtspiele.

Abg. Enge (Dem.): Die Filmzensur gibt zu vie-
len Bedenken Anlaß. Auswüchse des Filmwesens be-
stehen tatsächlich. Das Schulalter muß auf 17 Jahre
herabgesetzt werden. Die Strafen sollen weniger die
Filmindustrie als gewissenlose Kinobesitzer treffen.
Bei der Prüfung der Filmstreifen sollen die Vertreter
der Kunst und der modernen Jugendbewegung mit-
wirken.

Abg. Frau Weber (Str.): Im Zeitalter der Massen-
kultur gehört auch das Kino zu den Bildungsanstalten.
Darin kann die Nationalversammlung am Kino nicht
vorbeigehen. (Große Heiterkeit.) Für die Sozialisie-
rung und Kommunalisierung ist das Kino noch nicht
reif, deshalb müssen wir es auf dem Wege der Ge-
sellschaft versuchen. An die Jugendämter richten wir den
Appell, dieses Gesetz kräftig zu unterstützen, denn jetzt
bietet der Film oft nicht Jugendbildung, sondern Ju-
gendvergiftung.

Abg. Frau Wende (D. Sp.): Wir erhoffen von
dem Gesetz, daß die Darbietungen des Films unter sei-
ner Wirkung sich verbessern werden.

Abg. Krüger (Soz.): Wir haben eine Zensur ver-
meiden wollen. Wir müssen aber zum Zwang grei-
fen, um das Volk vor dem Schmutz der Filmabietungen
zu befreien. Durch den unerbittlichen Druck, den die Film-
industrie auf das Parlament auszuüben versucht hat,
werden wir uns nicht beeinflussen lassen.

Abg. Frau v. Gierke (Dnall.): Die sittliche Wie-
dergeburt des Volkes ist unsere vornehmste Aufgabe.
Der heutige Film wirkt ihr entgegen. Die Zensur hilft
sich nicht vermeiden. Die wichtigste Aufgabe ist die
Einstellung guter Zensoren.

Abg. Düvel (U. S.): Wir sind Gegner jeder Zen-
sur, aber gegen die Auswüchse im Film muß etwas
getan werden. Die Filmfabrikanten vergrößern noch die
Demoralisation des Volkes, sie verschlimmern seine Ver-
wilderung.

Das Gesetz wird im wesentlichen unverändert an-
genommen. Die Altersgrenze ist also auf 18 Jahre
festgelegt. Ein Antrag der Unabhängigen auf Vor-
legung eines Gesetzentwurfes über die Sozialisie-
rung der Filmstreifenherstellung, sowie über die Be-
fugnis der Gemeinden zur Kommunalisierung der Vor-
führung von Filmstreifen bis Ablauf des Jahres 1920,
wird gegen eine beträchtliche Minderheit abgelehnt.
Hieraus wird das Gesetz sogleich in dritter
Lesung angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Kleine Vorlagen,
darunter Aufhebung der Vorschulen.

— Berlin, 17. April 1920.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der
Nationalversammlung standen zwei Interpellationen
betreffend die Kreise Eupen und Malmédy und
den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen durch pol-
nisches Gebiet. Die Regierung erklärte sich bereit,
die Interpellation in den nächsten Tagen zu beant-
worten. Das 1. der sehr leer war, nahm alsdann
die zweite die des Gesetzentwurfes betreffend
Änderungen des Gesetzes über Wochenlohn und
Wochenlohn vor. Das Wochenlohn soll in
Höhe des Kranzengeldes, aber mindestens 1,50 Mk. täg-
lich gezahlt werden.

Abg. Frau Dietz (U. S.) beantragt eine Erhöhung
der Wochenlohn.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning: Der Antrag Dietz
würde 100 Millionen erfordern; so weitgehende An-
träge kann man in der zweiten Lesung nicht ohne
weiteres annehmen.

Abg. Frau Dietz (U. S.): Der Antrag würde
höchstens eine Million erfordern.

Der Antrag Dietz wird abgelehnt, die Vorlage
ohne wesentliche Änderung in der Ausschussfassung
in zweiter und dritter Lesung angenommen.

150 Mitteilungen werden ohne Aussprache nach
den Vorschlägen des Ausschusses erledigt.
Montag 3 Uhr: Grundschule, Militärversorgung.
Schluß 3 Uhr.

Die Verfassung der Nationalversamm-
lung, die für den 23. d. M. in Aussicht genommen
war, wird um etwa eine Woche hinausgeschoben werden
müssen. Es hat sich herausgestellt, daß in der ir-
rationalen angenommenen Zeit es nicht möglich ist, die noch
zu erledigenden Arbeiten vorzunehmen. Man rechnet
aber in parlamentarischen Kreisen damit, daß spätestens
bis zum 1. Mai die deutsche Nationalversammlung end-
gültig an den Abschluß ihrer Arbeiten gelangt sein
wird.

Aus Stadt und Land.

Über eine verübte Zerschlagung wird aus
Niederrhein bekannt: Auf Befehl des Kommuni-
stenführers Weinberg in Dortmund sollten die revo-
lutionären Elemente, darunter der Hauptführer
Bergmann Schank, die Bege „Schlagel und Eisen 3/4“
in Langenbochum sprengen. Daß eines wohlgeleiteten
Sicherheitsdienstes gelang die Sabotage nicht, sonst
wäre Langenbochum heute ein Trümmerhaufen. Auf
dem Förderer im Schacht und im Maschinenhaus
auf der Fördermaschine wurden mit Dynamit gefüllte
Kisten gefunden, die im Falle des Ausmarsches der Re-
gierungstruppen den Schacht sprengen sollten. Schank
ist, als er auf einem „requirierten“ Wagen sich im
Sicherheit bringen wollte, von seinen eigenen Leuten
erschossen worden.

Ein Massenmord in Essen. Die roten Truppen
haben in Essen, nachdem die Sicherheitswehr sich er-
geben hatte, die Befestigung der Hauptpost und des
Bassetturms gegen Treu und Glauben abgeschloßt.
Besonders furchtbare Szenen ereigneten sich am Bas-
setturm, der von 50 Mann unter dem Kommando des
Bergassessor Forstmann besetzt war. Während unter
den Leuten des roten Kreuzes verhandelt wurde,
stürmten die Danden den Wasserturm und meißelten bin-
nen zehn Minuten die ganze Befestigung, die die Waffen
schon niedergelegt hatte, bis auf drei Mann nieder.

Ein evangelischer Pfarrer ermordet. Der seit
15 Jahren in Burglebenau tätige 56-jährige Pastor
Nehus wurde bei den letzten Revolutionsspielen er-
mordet. Man warf die Leiche in die Saale, aus der
sie jetzt bei Halle gelandet ist. Der Pastor war ge-
warnt worden, erklärte aber, er verlasse seine Ge-
meinde nicht. Mit seinem etwa 20-jährigen Neffen, der
erst vor drei Wochen aus Kriegsgefangenschaft kam,
wurde der Pastor auf der Straße ergriffen und mit
dem Neffen nach Annendorf gebracht und hier ermor-
det. Der Neffe entkam.

Haus- und Zweimarkstücke aus Porzellan. Aus
Priesland wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet:
In der staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen werden
gegenwärtig auf Veranlassung des Reichshauptamtes
versuchsweise Haus- und Zweimarkstücke aus Porzellan
hergestellt. Wie von schuldiger Seite berichtet
wird, soll das Porzellangeld leicht und fest sein. Es
ist auch hygienisch einwandfrei, da es leicht abwaschbar
ist, und eine Fälschung so gut wie ausgeschlossen, da
zu seiner Herstellung besondere Einrichtungen nötig
sind, das Brennen einen sehr hohen Hitzeegrad erfor-
dert und seine Ausrüstung die Mitwirkung so vieler
Personen erfordert, daß eine Fälschungsvorrichtung
nicht lange unentdeckt bleiben könnte. Die Geldstücke
besitzen keinen Glanz, sie bestehen aus sogenanntem
Dünnporzellan.

Hölz nach Böhmen geschickt. Aus Eger (Böh-
men) wird gemeldet, daß der Rätehauptmann Hölz
aus Klingenthal geschickt sei und sich in nordböhmischen
Kohlenrevier befinden dürfte. Hölz habe sich in
Klingenthal einen auf den Namen Böhmer lauten-
den Paß ausstellen lassen.

Aufhebung der internierten Reichswehr. Die
in Köln internierten Reichswehrtruppen sind nach Wei-
fung des Reichshauptamtes nach in Uebereinstimmung
mit der deutschen Regierung in unbefestigtes Gebiet zu-
rückgeliefert. Die Ablieferung erfolgte an der östlichen
Grenze der neutralen Zone jenseits Siegburgs, diese
Route war gewählt worden, um das Ruhrgebiet zu
vermeiden.

Köln, nicht Köln. Die Preussische Staatsregie-
rung hat durch Erlass vom 10. April genehmigt, daß
der Name der Stadt Köln hinfert mit dem Buchstaben
K geschrieben wird.

Kleine Nachrichten.

Wegen nichtbevollzogener neuer Lohnforderungen sind
die Straßenbahnen in Magdeburg in den Ausstand getreten.
In dem belgischen Grenzort Aubange ist ein Granaten-
depot in die Luft geflogen. Es wurden sieben Personen
getötet.

Ein geheimnisvoller Mord wurde im Freistaat
Danzig aufgedeckt. Es handelt sich anscheinend um
ein den besseren Ständen angehörendes Ehepaar aus
der Gegend von Berent. Man fand die Leichen mit
Mordwunden am Bahndamm bei Hochstrief. Sie wa-
ren dorthin von einem Mann und einer Frau, die aus
Danzig kamen, gebracht worden.

Ein Brillantenmörder wurde auf dem Bahn-
hofe Denthelm an der holländischen Grenze festge-
nommen. Es handelt sich um einen Engländer, der vor
einigen Tagen in Berlin beim Kauf kostbarer Brillan-
ten, die er in einer Schachtel Schuhercreme verbarg, be-
obachtet worden war. Einige Berliner Kriminalbe-
amte nahmen im Flugzeug die Verfolgung auf und es
gelang ihnen, den Schmuggler in Denthelm zu stellen
und die Brillanten zu beschlagnahmen.

Einkauf in den Hildesheimer Dom. Dieser
Tag ist in die Domkammer zu Hildesheim eingebr-
chen worden. Die Diebe haben eine Mauer durchbro-
chen und aus dem Domschatz folgende Wertgegenstände
entwendet: 2 bronzene Bernardestäber, die eine Nach-

ahnung der silbernen Originale darstellen, 1 goldene Mutter Gottes-Statue, die 52 Zentimeter hoch ist und neben dem Gold- auch einen bedeutenden Kunstwert besitzt, 1 vergoldete Patena, 4 silbervergoldete Kelche und 2 silbervergoldete Monstranzen von bedeutendem Wert. Damit sind von den 80 Kunstgegenständen des großen Domschatzes 10 entwendet worden, deren Wert gar nicht schätzen läßt. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Notzuchtverbrechen an deutschen Kindern. In der Danziger Grenze gegen Polen wurde vor einigen Tagen von einem polnischen Soldaten, der Grenzwache hielt, an zwei deutschen, 12- und 13-jährigen Schwestern aus Oliva ein schändliches Verbrechen verübt. Beide Mädchen führten Lebensmittel bei sich, die sie von einer Försterei jenseits der Grenzstaatsgrenze erstanden hatten. Der Grenzsoldat trat nun im Walde auf die Mädchen zu, beschlagnahmte die Lebensmittel und erzwang sie, zur Grenzwache mitzukommen. In Wirklichkeit führte er sie jedoch weiter in den Wald hinein und verübte an beiden Mädchen ein Notzuchtverbrechen. Die bedauernswerten Mädchen, die von dem Wüstling mit Zerschlag bedroht wurden, konnten sich retten und erstatteten Anzeige. Bevor der polnische Soldat der Gerichtsbarkeit ausgeliefert wurde, mußte er sich vor einem polnischen Offizier, seinem Vorgesetzten, völlig entkleiden und erhielt für seine Tat fürs erste 25 Stockhiebe.

Gerichtssaal.

Das Urteil gegen den Prinzen Joachim Albrecht. In später Abendstunde wurde am Freitag das Urteil im Mordprozess verkündet. Sämtliche Angeklagten sind für schuldig befunden worden. Es werden verurteilt: Prinz Joachim Albrecht wegen versuchter Mordtötung zu 500 Mark Geldstrafe (die höchste Geldstrafe beträgt 600 Mark), Rittmeister v. Platen wegen versuchter Mordtötung zu 300 Mark Geldstrafe, Erbprinz v. Hohenlohe-Schillingen wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1000 Mark Geldstrafe. Im Nichtbeitretungsfalle soll für jede 10 Mark der erkannten Strafe ein Tag Gefängnis treten. Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten auferlegt. Das Gericht bedauert, daß es auf Grund veralteter Gesetzesbestimmungen nicht zu einer Strafe, die dem Vermögen der Angeklagten entspricht, greifen kann. Gleichwohl ist das Gericht bis an die Höchststrafen gegangen.

Die überaus milde Bestrafung von Leuten, denen Rohheiten und sogar „Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges“ nachgewiesen wurde, hat in weiten Kreisen ziemlich allgemeine Entrüstung erregt. Auch in den Kreisen der preussischen Minister ist das Urteil scharf kritisiert worden. In einer der nächsten Sitzungen des Staatsministeriums wird über Maßnahmen zur Reinigung der Beamtenschaft von antirepublikanischen Elementen beraten werden. Es werden dabei auch die Möglichkeit und Durchführbarkeit einer Gesetzesnovelle über die Neuordnung der Beförderung im Richterstand beamteter Personen erörtert werden.

Wegen Gattenmordes zum Tode verurteilt. Vor dem Schwurgericht in Potsdam waren der 50 Jahre alte Schneidermeister Johannes Malinowski und dessen Gelfe, die 31 Jahre alte Fabrikarbeiterin Amanda Weller wegen Mordes angeklagt. Der Mann hatte seine Frau, von der er getrennt lebte, in eine Schenke bei Rathenow gelockt, sie mit einem Gummiknüppel erschlagen und die Leiche dann mit Hilfe der Gelfe auf das Gleis der Stadtbahn gelegt, wo sie auch überfahren wurde. Die Angeklagten waren geständig. Nach dem Antrage des Staatsanwalts wurde Malinowski zum Tode, die mitangeklagte Weller zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 17. April. (Börse.) Trotz der bei Wochenschluß üblichen Zurückhaltung war die Tendenz der Börse ziemlich fest. Bei den Auslandswerten wirkte die Schwäche des Marktfusses im neutralen Ausland etwas befestigend. Die ausländischen Zahlungsmittel waren nur wenig verändert. Auch das Gebiet der Kriegsanleihen zeigte nur ganz geringe Veränderungen.

Berlin, 17. April. (Warenmarkt.) Geradella 60-75, Lupinen 60-75, Hafer auf sofortige Abladung bis 175, Flügelfroh 22-25, Vögel 21-24, Maschinenfroh 18-21, Widen 140-160, Pelusken 140-160, Erbsen: Viktoria 300-350, kleine 225-275, Winterbohnen 140-160 für 50 Kilo ab Verladestation, Bohnen 30-33, Wiesenheu 50-55, Feldheu 53-55, Altsheu 55-65 für 50 Kilo bahnhof.

Lokales.

Wegen die Fahrgeldhinterziehung auf der Eisenbahn. Die in letzter Zeit überhandnehmenden Fahrgeldhinterziehungen auf der Eisenbahn haben die Eisenbahnverwaltung veranlaßt, die Beamten auf die schärfste Durchführung der Bestimmungen hinzuweisen. Wer mit einer ungültigen — etwa mit einer Personenzugkarte im Schnellzug oder in einer höheren Wagenklasse — betroffen wird, hat den doppelten Fahrpreis zu zahlen, wobei die ungültige Fahrkarte nicht eingerechnet wird. Reisende mit Bettkarten, die auf einen anderen Namen lauten, müssen zwei Bettkarten nachlösen.

Der Koffelvorrat im Keller soll genau untersucht und e faulenden Knollen sollen sorgfältig ausgelesen werden. Für die Hausfrau kommt jetzt knappe Zeit, in der jede Kartoffel von Wert ist. Ein günstiges Frühjahr wird uns hoffentlich zeitig frisches Gemüse bringen.

Gardinenlose Fenster. Jetzt ist die Zeit, wo die Wohnungsfenster unterhält, wie aus übergroßen Augen auf die Straßen schauen. Wenn die Stubenheizung aufhört, nimmt die Hausfrau auch die vom Winterlaub dunkel und grau gewordenen Gardinen herab, um sie dem Waschsatz zu überantworten. Auch das gibt sehr Sorgen. Das Waschen hat bei den enormen Seifenpreisen längst aufgehört, ein häusliches Fest zu sein, und die Gardinen, die nicht mehr zu bezahlen sind, wollen beim Waschen erst recht gespart werden. Die Gardinenreinigung wird auch praktisch gleich benutzt, um diesen Tagen die Fenster von Koffel säubern zu lassen. Dann kann das große Frühjahrsputzen folgen.

Es besteht keine Knappheit an Schuhwaren. So urteilen in Berliner Zeitungen sachverständige Autoritäten. In den Zentralen der Schuhindustrie gibt es vielmehr große Vorräte und Lager. Die Preise werden also hoch gehalten, weil man sagt, das Publikum kann zahlen. Daß dieser Stand der Dinge zu billigen ist, wird man kaum sagen können, denn er läuft darauf hinaus, je höher das Einkommen, je höher die Preise. Alle Zulagen nähern also tatsächlich nichts. Eine Notwendigkeit für die deutschen Fabrikanten, die teuren Auslandspreise für Rohmaterial zu zahlen, besteht nicht. Wenn mit dem Einkauf gestoppt würde, so müßten schließlich die Preise für Rohmaterial sinken.

Abgelaufene Versicherungen aller Art in Stadt und Land gegen Feuer, Hagelschlag, Unwetter, Diebstahl usw. sollen erneuert und erhöht werden, wenn der Versicherungsbetrag nicht mehr entsprechend ist. Vertrauensseliges Abwarten hat schon manchem geschadet.

Erhöhung der Entschädigung für verloren gegangene Pakete. Die Postbehörde hat den Betrag für abhandengekommene Pakete von höchstens drei Mark für das Pfund, den gesteigerten Preisen für Lebensmittel und Gebrauchsgüter entsprechend, auf zehn Mark für das Pfund erhöht. Man hofft, daß daraufhin der Wertpaketverkehr erheblich zulegen wird.

Postverbindung Hamburg-New York mit amerikanischen Frachtdampfern. Mit den ungefähr wöchentlich von Hamburg nach New York abgehenden Frachtdampfern der amerikanischen Kero-Dampfschiffahrts-Gesellschaft können fortan gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art nach den Vereinigten Staaten von Amerika und weiterhin befördert werden. Die nächsten Abfahrten sollen etwa am 14., 21., 28. April usw. stattfinden. Die Sendungen müssen den in die Augen fallenden Vermerk „über Hamburg mit Kero-Dampfer“ tragen. — Der für den 22. April ab Koppenhagen mit dem dänischen Dampfer „United States“ vorgesehene Postabgang findet nicht statt. Der am 17. April von Hamburg nach New York abgehende Dampfer „Manchuria“ der American Line wird zur unbeschränkten Beförderung von Briefsendungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Durchgang benutzt: Postschluß in Hamburg (Auslandsteile) am 15. April abends.

Bereinskalender.

Gesangverein Frohsinn. Heute Abend 8 1/2 Uhr Gesangsprobe im Protokolal.

Gesangverein Frisch-Auf. Morgen Abend 8 Uhr Gesangsprobe.

Wetterbericht.

21.-22. Nachts Tau, darauf vorherrschend heiter und warm, frühzeitig leichter Regen, Wind gering.

11 Glückslose für 10 Mk.!

Unterzeichneter bestellt bei der Fa. J. Stassen, gegr. 1875, Wiesbaden, nur Wellritzstr. 7:

11 Lehrerheim-Lose, 135 000 Mk.

Gewinne (Los 1 Mk.) 10 Mk.

Beamtenbund-Geldlose, 250 000 Mk.

Gewinne, 3,30 Mk. Ziehung morgen.

Reine Uebereizigarren v. 90 Pf. bis 3 Mk.

Zigaretten, bek. Marken v. 25 bis 60 Pf.

Sonderangebot f. d. Leser der „Bierstadt. Zeitg.“

Wohnort _____, Name _____

Post _____, Datum _____

(Ausschneiden und sofort einsenden!)

Todes- + Anzeige

Gestern Nachmittag 5 1/2 Uhr entschlief sanft, nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende, herzensgute Mutter und unvergeßliche Großmutter

Frau Rosine Binz,
geb. Meister

im Alter von 54 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bierstadt, Klingenthal i. V., Frankfurt

a. M.-Gschersheim, Darmstadt.

Bierstadt, den 20. April 1920.

Die Beerdigung findet statt am Donnerst-

tag, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause Bierstadt,

Ellenbogengasse 15 aus.

Dankfagung.

Allen Denen, die so herzlich Anteil nahmen an dem Heimgange unserer lieben, unvergeßlichen Entschlafenen

Frau Wilhelmine Scheerer
geb. Bierbrauer

sowie für die vielen Kranz- und Blumen-

spenden unsern herzlichsten Dank.

Bierstadt, Wiesbaden, den 19 April 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gesang-Verein Frohsinn, Bierstadt.

Dienstag, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr findet im Protokolal eine Gesangsprobe statt.

Der Vorstand.

Gesang-Verein „Frisch-Auf“ Bierstadt.

Mitglied d. Arbeiter-Sängerbundes.

Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr Gesangsprobe. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.



Sportklub Athletia Bierstadt (Sogr. 1904).

Freitag, den 24. April d.

Mts., um 8 Uhr abends im Vereinslokal Gasthaus „Zum Nebensied“

Mitgliederversammlung

Wegen wichtiger Tagesordnung bitten wir um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.

Ein Transport

kräftiger Ferkel
eingetroffen bei Ludwig Maier, Bierstadt,
Rengasse 3

Verzinsung

Ruh- und Spannfetten

zu verkaufen. Langgasse 41.

Einige Zentner

Heu

und 2 Ziegenmutterlämmer

zu verk. Bierstadt, Wilhelmstr. 5.

Achtung

Wasser-, Limonade-,

Leck-, Rheinwein-,

lecker Tintengläser

sowie sämtliches Al-

material kauft stets

höchstzahlend. Karl

Schreiner Laugg. 26. II.

Dieselbst ist ein schöner

3-Flammen-Messing-

Gasflüster preiswert zu

verkaufen

Reklame bringt Gewinn!

Karbid, Karbid-

lampen eign. Jarikat

Kaffeezucker, Gaslamp, Brenner

Zgl., Glühkörper, Gasflüster und

Schläuche, Brat- und Badhauben,

Badewannen, Bade-Decken, Zapi-

hölzer, Ersatzlinsen, Gas- und

Wasserflüster zu verkaufen.

Krause, Wiesbaden,

Wellritzstr. 10.

Tod und Teufel

vernichtet Schwaben-, Russen-,

Kakerlaken u. sonstigen

Ungeziefer.

Drogerie

Nicolaus Schollmayer

MAINZ

Augustinerstrasse 39.

Kaufe — jedes —

Quantum :

Sekt-, Rheinwein-, Bordeaux-,

Cognak-, Burgunder- u. sonstige

Flaschen

zu Tagespreisen. (Auch auswärts).

Flaschenhandlung

E. Klein, Wiesbaden,

Telephon 5173. Roonstrasse 4, 2.

Postkarte genügt.

Bestellungen finden prompte Erledigung.

Dezimalwagen

mit und ohne

Schiebegewicht

Geachte Ge-

wichte u. Masse

Wiesbaden,

Süd-Kaufhaus,

Ecke Moritz- u. Gerichtstr.

Billiger Möbelverkauf

wegen Räumung des Lagers :

2 Schlafzimmer, kompl. 3400.—, 5000.—

Chzimmer, dunkel Eichen kompl. 5200.—

Pitsch lack. Küche, neu 1700.—

Weiß lack. Küche, neu, 1850.—

2 gr. lack. Küchen, neu, 2500.— und 2600.—

20 einz. Betten mit und ohne Einl. von 200.— an, Wasch-

kommode mit Marmor und Spiegel, Spiegelchr. 1300.—, gr.

Wäscheschränke, alles pol. Ausb. Wohnzimmer 6200.—

2tür. pol. Kleiderschrant 480.—, Sofa 150.— bis 250.—

neues Chaiselongue 320.—, eig. Scherenschr. 700.—, maßb.

pol. Vertiko 680.— sowie Matratzen, Deckbetten und Kissen,

Teppiche, Stühle, Bilder und vieles andere zu herabges. Preisen.

Möbellager Granbner, Wiesbaden,

Adlerstr. 3, Am Kais.-Friedrich-Bad. Tel. 3346.